

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 66, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Staatsstreich der Industrieherrn?

Das magere Ergebnis der Londoner Konferenz scheint gewisse Kreise der deutschen Großbourgeoisie keineswegs traurig zu stimmen. Sie finden sich mit der starken Einschränkung der Kapitalgrundlage unserer Wirtschaft ab. Vielleicht erkennen sie, daß eine erneute Auslandsverschuldung bei der unterdurchschnittlichen Intelligenz unserer heutigen „Führer“ der Wirtschaft nur neue Fehlanlagen und Aufblähungen der Produktion am falschen Ort zur Folge hätte. Die deutsche Großbourgeoisie muß sich mit einem wesentlich verengten Wirtschaftsraum zufrieden geben, und dann allerdings ihr Machtstreben mit desto hemmungsloserer Energie nach innen, gegen die Arbeiterschaft, wenden.

Dieser Auffassung kommt das Londoner Ergebnis nicht ungenügend. Noch ehe die Londoner Verhandlungen abgeschlossen waren, hielt die schwerindustrielle Kölnische Zeitung es bereits für nötig, deren mutmaßliches Ergebnis innenpolitisch auszubeuten: Brüning und Curtius kehren, so meint das Kölner Blatt, nach Berlin zurück mit einem zwar verstopften, aber nicht neugefüllten Kapitalfaß. Wollen wir unsere nationale Wirtschaft retten, so müssen wir radikal zur Selbsthilfe schreiten. Helft euch selbst, und Gott wird euch helfen! Auf schmaler Kapitalbasis müsse unsere Wirtschaft neu aufgebaut werden. Das sei aber nur möglich unter „Lockerung der Bindungen“ und durch „grundlegende Revision der Einrichtungen“, auf denen der alte Bau einer sozialen Demokratie errichtet war.

Das Blatt wird indessen noch deutlicher. Es kündigt eine Scheidung der Geister an. Das Jahr 1931 werde in wirtschaftspolitischer und in der Folge auch in politischer Hinsicht eine scharfe Scheidelinie zwischen den vergangenen und den kommenden Jahren errichten. Eine starke Regierung müsse jetzt die notwendige wirtschaftliche und politische Reform durchführen.

„Jetzt darf keine Regierung mehr zögern und berücksichtigen, die Meinungen klären und abschleifen, und endliches Handeln nach langer Prüfung heranreifen lassen. Jetzt heißt es für die Regierung Brüning: Handeln oder fallen. Ob die heutige Form der Regierung und die Zusammensetzung des Kabinetts dieser Forderung gewachsen ist, das ist eine offene Frage.“

Die „Form der Regierung“ ist durch die Reichsverfassung festgelegt. Ihre Veränderung bedeutet entweder legale Änderung der Verfassung durch Volksbeschluß, oder offenen Verfassungsbruch. Die Großbourgeoisie ist zu allem bereit, wenn ihre Herrschaft auf dem Spiele steht. Handeln oder fallen heißt die Parole an Brüning.

Die Scheidung der Geister sieht die Kölnische Zeitung unerwartet schnell vor sich gehen. Der Wirtschaftsbeirat des badischen Zentrums hat einen Aufruf erlassen, der in der Tat ein bemerkenswertes geistige Verwandtschaft seiner Urheber mit den politischen Hintermännern des Großkapitals verrät. Der Aufruf ist eine einzige Verteidigung des Privat-

kapitalismus. An der gegenwärtigen Krise sei nicht der Kapitalismus, sondern jenes „halb sozialistische System“ schuld, das mit seinen Staatssubventionen, den öffentlichen Betrieben und seinem rabiaten Steuersystem die Privatwirtschaft behindere. Arbeitslohn und Erzeugungskosten seien durch dieses Staatssystem „stark beeinflußt“ worden. Mit seiner „Wohnungspolitik und der besonderen Art seiner Fürsorge“ habe der Staat den Lebensstand der Industriearbeiterschaft derart gehoben, daß die „unglückselige Landflucht und Verstädterung“ dadurch ins Unerträgliche gesteigert worden sei. Nicht zuletzt aber fördere dieser Staat die Konzentrationsbewegung in der Wirtschaft, die das kleine und mittlere Unternehmertum zugrunde richte. „Das jetzige halb sozialistische — halb kapitalistische System kann jedenfalls auf die Dauer nicht bestehen, es muß an seinen inneren Widersprüchen zusammenbrechen.“

Diese Zentrumsbürger wollen demnach zurück zum Kleinkapitalismus mit seiner Unzahl von „selbständigen“ Unternehmern. Sie sind beschränkt genug, ihre Parole bei der Schwerindustrie auszuleihen. Hier wie dort klingt der Ruf nach „Freiheit der Wirtschaft“: gegen das „halb sozialistische System“ bei den Sanfteren, gegen den „Marxismus“ bei den Radikalen. Die Großbourgeoisie will Freiheit der Wirtschaft als Weg zur eigenen schrankenlosen Herrschaft. Das kleine und mittlere Bürgertum schließt sich eng an die Großbourgeoisie an.

Die Reaktion ist auf dem Sprung, die Sozialpolitik und das Sozialrecht in ihren Grundlagen zu erschüttern, um ein Regiment der Schwerindustrie aufzurichten. Sollte in diesem Augenblick die Solidarität der Arbeiterklasse, der nichts als ein noch härteres Joch unter der Wirtschaftsdiktatur erwartet, nur leerer Wahn sein? Sollte die Scheidung der Geister nicht auch mitten durch die bürgerlichen Parteilager hindurchgehen und jene Arbeiterschichten zur Erkenntnis bringen, die bisher immer noch das Bündnis mit dem Bürgertum nicht zu lösen wagen?

Die Westdeutschen katholischen Arbeitervereine haben in den letzten Wochen auf verschiedenen großen Kundgebungen eine Entschliebung gefaßt, in der sie fordern:

„Das Wirtschaftsleben kann nicht allein dem freien Wettbewerb überlassen bleiben. Die staatliche Gewalt muß über den Interessen der einzelnen stehen und ausgleichend und regulierend wirken.“

Und der christliche Gewerkschaftsführer Kaiser sagte auf einer Kundgebung in Köln am 25. Juni, daß eine Wirtschaftsordnung, die den Menschen keine Arbeit und kein Brot mehr zu geben weiß, ihren Sinn verloren hat und aufgegeben werden muß.

Das sind zwar keine marxistischen, aber doch „halb sozialistischen“ Klänge. Es fehlt die auf den Grund dringende Erkenntnis der Ursachen und Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie. Wenn aber zwischen Zentrumsherren und der Großbourgeoisie das politische Kampfbündnis möglich ist, sollte dann nicht die Kampfgenossenschaft zwischen „halb sozialistischen“ christlichen Arbeitern und marxistischen Sozialisten möglich sein?
H. M.

von ihnen werden den beträchtlich erhöhten Zins nicht bezahlen, sondern sie werden die Produktion einschränken. Und nicht sie allein. Auch diejenigen, die aus irgendwelchem Grunde den Betrieb nicht völlig einstellen, sogar auch die Grundstoffunternehmer, die ihre Lagerbestände verkaufen, werden so wenig wie möglich produzieren, weil sich alle Zinsen, sogar auch die Zinsen für eigenes Kapital, nach dem Reichsbankdiskont berechnen. Die allgemeine Folge wird also sein, daß die Produktion vermindert wird und Hand in Hand damit natürlich die Preise steigen — das genaue Gegenteil dessen, was die „Lenker“ unserer Wirtschaft erwarten.

Die Dinge liegen ja nicht so, wie der bürgerliche Verstand sich einbildet. Der Diskont lenkt nicht die Wirtschaft, so daß es im Belieben des Herrn Reichsbankpräsidenten und anderer weiser Männer stünde, je nachdem sie es für nützlich halten, die Wirtschaft „anzukurbeln“ oder „abzudrosseln“. Sondern er ist durchaus abhängig von Angebot und Nachfrage nach Kapital. Unter diesen Umständen war in den jetzigen Zeitläuften eine gewisse Erhöhung des Diskonts unvermeidlich und hätte wohl auch gewisse nützliche Wirkungen nach sich ziehen können. Aber diese gewaltige Übertreibung, diese Verdreifachung des Diskonts, diese über alles Maß und Ziel hinauschießende Verteuerung jedes Kredits, die ist nur ein Erzeugnis, sagen wir, von Überschläue oder von sinnloser Angst und kann nur dazu beitragen, den Zusammenbruch des Kapitalismus, vor dem man sich retten will, noch zu beschleunigen.
I b y k u s.

Freundschaft!

Sportler sein, ist gut,
Sportler und Sozialist sein, ist besser.

Aus allen Ländern waren sie zur Olympiade nach Wien gekommen. Kinder aus Estland, Arbeiter aus Palästina, dessen proletarische Bewegung noch jung, aber heute schon lebenskräftig ist; 25 000 allein aus Deutschland, trotz der Krise es sich nicht nehmen lassend, an der großen Kundgebung teilzunehmen. Die 200 Schweizer nahmen sich daneben bescheiden aus, aber auch sie bildeten den notwendigen Teil in der gesamten Bewegung.

Mit dem Weltkindertag begann die Olympiade. Der Jugend gehört die Zukunft, darum sollte ihr auch der Vortritt gelassen werden. Begeistert empfangen, feierten die 20 000 ein frohes Fest. Doch auch ihrem Anlaß fehlte die ernste Note nicht. Der Wiener Stadtschulrat Glöckel, dem die neue Schule so viel verdankt, der an Jahren alte und an Gefühl doch noch jugendliche Leiter der Kinderfreunde, Genosse Max Winter, der Genosse Julius Deutsch, der Führer der Schutzformationen, sie alle richteten ernste und eindringliche Worte an die Kinderscharen, Worte, deren Sinn einem jeden tief einging. Die Jugend wird einst den Kampf für Recht und Freiheit weiterführen. Ihre Sturmflaggen, ihre Lieder bewiesen die innere Anteilnahme.

Zur gleichen Zeit der von musikalischen Darbietungen eingerahmte Eröffnungsakt, der den Beweis dafür ablegte, daß auch die Kunst in der Arbeiterschaft eine Stätte gefunden hat. Hier auch verbrüdern sich Arbeitersport und Arbeiterpartei, tauschen die Spitzen der sozialdemokratischen Partei, die Leiter des roten Wiens Grübe aus mit den Vertretern der Arbeitersport-Internationalen.

Und dann, als die Gäste von überallher eingetroffen waren, der erste Weiheakt im Stadion, der Aufmarsch der Nationen. Auch aus den Diktaturen Pilsudskis und Horthys hatten sie sich hergewagt. Nur ein Land fehlte: Italien. Erschütternd war es, so berichteten alle Augenzeugen, als der Ruf nach den einzelnen Landesmannschaften erscholl, diese mit der Fahne vortraten, mit Ausnahme des einen, dessen Platz auf der Bühne leer blieb. Trauervoll senkten sich die Fahnen. Aber es wird nicht so bleiben. Auch der Faschismus wird überwunden werden, und dann werden wir die italienischen Arbeitsbrüder wieder neben uns finden.

Der Aufmarsch der Nationen war ein Höhepunkt. Doch das Festspiel des folgenden Abends übertraf ihn noch. 4000 Mitwirkende, freiwillig einem Gedanken und Plan sich unterordnend, 60 000 Menschen, die nicht nur zuschauen, sondern mitfühlen, die, als das Spiel zu Ende, das Spiel vom Kampf und Aufstieg des Proletariats, nicht schlechthin heimgen, sondern sich anschließen an die Fackeln, die von den spielenden Massen in das Stadion getragen werden und als noch größere Masse sich zum mächtigen Zug formen. Da wurde das symbolisch Geschaute zur Wirklichkeit.

Aus dem Inhalt

	Seite
Staatsstreich der Industrieherrn — Reichsbankdiskont	247
Die Durchführung des Arbeitsdienstes	248
Stilles Heldentum — Das Leben der Marie Szameitat	249
Eine Kluft droht — Sitzung des IGB in Berlin	250
Erinnerung eines alten Formers (Schluß) — Arbeitszeitverkürzung im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet	251
Die Lohnkämpfe des DMV 1930 — Schriftenschau	252

Reichsbankdiskont

Am 1. August hat die Reichsbank ihren Diskont mit einem Schlage von 10 auf 15 vH erhöht. Das bedeutet: wer bares Geld von der Reichsbank haben will, sei es für Wechsel oder andere Wertpapiere, der muß sich einen Abzug von 15 vH der geliehenen Summe gefallen lassen. Im Lombardverkehr, das heißt wenn die Wertpapiere — es können auch Waren sein — nur als Pfand gegeben werden, beträgt der Abzug sogar 20 vH. In diesen Ziffern wird jedoch die wirkliche Steigerung der Leihgebühr noch lange nicht voll sichtbar. Bis zum 13. Juni nämlich betrug der Diskont nur 5 vH; an jenem Tage wurde er auf 7 vH erhöht, einen Monat später auf 10 vH und jetzt auf 15 vH. Wir haben also in sechs Wochen eine Verdreifachung des Diskonts erlebt, und schon munkelt man, daß es damit noch nicht einmal sein Bewenden haben soll.

Warum das? Was wird damit bezweckt? Und insbesondere, was geht das den Arbeiter an?

Es ist jetzt wenig über 1 1/2 Jahre her, am 14. Januar 1930, da ermäßigte die Reichsbank ihren Diskont. Nur ganz wenig, nur von 7 auf 6 1/2 vH. Und doch genügte das, um einen wahren Jubelrausch in der bürgerlichen Presse auszulösen. „Die Wirtschaft atmet auf“, schrieb damals ein Berliner Börsenblatt, „der neue (also ermäßigte) Diskont soll den Wirtschaftskörper, der leider mit Mißtrauen durchsetzt ist, reinigen, ihm neues Blut zuführen, neues Vertrauen einflößen.“ Mit einem Wort, die Reichsbank habe das getan, um „der Konjunktur wieder auf die Beine zu helfen“.

Wenn das die Ansicht des Bürgertums ist, daß durch Ermäßigung des Diskonts der Konjunktur geholfen wird, dann muß man sich baß wundern, daß gerade jetzt, in Zeiten schwerster Not, das gerade Gegenteil geschieht, und noch dazu in so ungeheuerlichem Maße. Und zum mindesten sollte man erwarten, daß alle bürgerlichen Sachkenner Kopf stehen vor Entsetzen ob des Tuns der Reichsbank. Aber nichts von alledem. Gewiß sind sie nicht gerade erfreut, aber alle erklären die Diskonterhöhung für richtig und notwendig und tadeln sogar die Reichsbank, daß sie nicht schon früher damit eingeschritten sei. Fehlt nicht viel an der Behauptung, daß eine frühere Diskonterhöhung womöglich den Zusammenbruch der Danatbank verhütet hätte. Nun haben wir ja erlebt, wie wenig die überschwänglichen Hoffnungen sich erfüllt haben, die vor 1 1/2 Jahren

an die Diskontermäßigung geknüpft wurden. Die Konjunktur ist nicht besser geworden, sondern immer schlimmer und schlimmer, trotzdem der Diskont weiter gesenkt wurde, bis auf 4 vH im vorigen Sommer. Nachher stieg er wohl wieder, aber nur auf 5 vH. Das beweist, wie all jenes bürgerliche Gerede an der Erkenntnis der Zusammenhänge vorbeigeht. Und es legt die Befürchtung nahe, daß auch diesmal die an die Diskonterhöhung geknüpften Erwartungen nicht eintreten mögen. Was sind das für Erwartungen?

Der Zusammenbruch der Danatbank ist unmittelfahr herbeigeführt worden, weil die ausländischen Gläubiger ihre Guthaben zurückverlangten. Das verursachte einen Geldmangel in Deutschland, jedermann will und muß bares Geld haben, und so entstand ein großes Angebot von Wechseln und sonstigen Wertgegenständen bei der Reichsbank. Da man jetzt für das dafür hergegebene Geld dreimal soviel Zinsen zahlen muß, so wird dieses Angebot stark nachlassen, und man wird Geld nur noch für solche Zwecke leihen, die unumgänglich notwendig sind. Das ist die erste Wirkung, und die wird zweifellos eintreten.

Aber damit ist es nicht getan. Man hofft weiter, daß die kolossale Verteuerung des Kredits die Unternehmer veranlassen werde, sich auf andere Weise Geld zu verschaffen, nämlich durch Verkauf der Waren, die sie bisher zurückgehalten haben. Und da sie das Geld sehr nötig haben und überdies Waren von allen Seiten angeboten werden, so werden sie sie billig hergeben müssen. Mit einem Wort, man erhofft von dieser Diskonterhöhung die so oft versprochene allgemeine Preissenkung.

Diese Hoffnung hat aber ein böses Loch. Prof. Wagemann, der Präsident des Statistischen Reichsamts — vielleicht die einzige Person in Deutschland, die einen vollen Überblick hat —, behauptet im Wochenbericht des Konjunktur-Instituts vom 28. Juli, daß große Lagerbestände nur noch in den Grundstoffindustrien vorhanden sind, und da werden die Preise durch Kartelle hochgehalten. Das letztere ist gewiß kein Grund. Im Gegenteil, gerade die Kartelle müssen zur Preissenkung gezwungen werden, und wenn das auf diesem Wege gelingen sollte, um so besser. Aber was wird aus den vielen anderen Unternehmern, die kein Lager mehr haben? Das läßt sich mit voller Sicherheit voraussagen: die meisten

Die Durchführung des Arbeitsdienstes

Trägern des freiwilligen Arbeitsdienstes zu zahlenden Geldern genau kontrollieren, sonst werden hier doch politisch bedenkliche und staatsfeindliche Zwecke gefördert.

Soweit besondere Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, kann die Reichsanstalt die Unterstützung aus solchen Dienstwilligen gewähren, die wegen ihrer Jugend (unter 21 Jahren) noch nicht bezugsberechtigt für die Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung sind. Der Reichsrat hat aber bei der am 16. Juli erfolgten Beratung der Durchführungsverordnung der Berichterstatter bemerkt, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage solche Mittel kaum zur Verfügung stehen. Man hat immer betont, gerade den jüngeren Erwerbslosen helfen zu wollen. Man hat sie ferner durch den generellen Entzug der Arbeitslosenunterstützung (der nur nachträglich stattgemindert werden konnte) in die „freiwilligen“ Arbeitslager zu treiben versucht. Wenn man ihnen aber wirklich helfen wollte, müßten schon erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, die aber, wie gesagt, der Reich nicht locker machen kann. Auch die Einbeziehung der Wohlfahrtserwerbslosen in die Unterstützung kann von der Reichsanstalt nicht durchgeführt werden, da ihr hierzu keine Mittel zur Verfügung stehen. Es ist aber von der Reichsanstalt erklärt worden, wenn die Gemeinden aus ihren Wohlfahrtsmitteln eine Tagessatz für den freiwilligen Arbeitsdienst bereitstellen, stehe der Einbeziehung der Wohlfahrtserwerbslosen nichts entgegen.

Im ganzen ist die „Freiwilligkeit“ des Arbeitsdienstes stärker betont. So darf Ablehnung oder Aufgabe des freiwilligen Arbeitsdienstes nicht als Arbeitsunwilligkeit oder Arbeitslosigkeit aus eigenem Verschulden ausgelegt werden. Es wird aber dennoch Vorsorge getroffen werden müssen, daß auch bei vorzeitiger ArbeitsEinstellung den Jugendlichen die Rückreise in die Heimat ermöglicht wird.

In Artikel 17 der Verordnung werden die Gemeinden verpflichtet, gegen angemessene Entschädigung Unterkunft und Verpflegung zu besorgen. Sie können also nicht „Arbeitslager“ usw. in ihrem Zuständigkeitsgebiet ablehnen. Die Vorschriften der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes werden im wesentlichen wie bei einer gleichartigen anderen Arbeit durchgeführt. Bei „volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten“ und einer Beschäftigung von zwölfwöchiger Dauer kann den Arbeitsdienstwilligen ein Betrag von 1,50 M für jeden Wochentag auf Antrag gutgeschrieben werden, der mit 6 vH jährlichen Zinsen aus Ersuchen des Landesamts in das Reichsschuldbuch eingetragen wird und innerhalb einer bestimmten Frist zur Erwerbung einer Siedlerstelle oder einer Eigenheims Verwendung finden soll.

Die Arbeits- und Landesamtsämter haben grundsätzlich die Überwachung der Arbeiten des Arbeitsdienstes vorzunehmen — eine mehr als heikle Aufgabe bei der ihnen die Gewerkschafter zur Seite stehen müssen. Die vielen grundsätzlichen und praktischen Bedenken gegen diesen Arbeitsdienst bleiben bestehen. Besondere wirtschaftliche Erfolge sind von ihm nicht zu erwarten. Für größere Pläne ist kein Geld vorhanden. So wird es auf die Durchführung einer Reihe kleinerer und obendrein politisch vielfach bedenklicher Pläne hinauslaufen, die der Allgemeinheit kaum etwas nützen, die Arbeitslosigkeit nicht lindern, das wenige Geld aber zersplittern und überdies mehr als nötig Unruhe und Spannungen erzeugen. Der Eindruck wird immer deutlicher, daß es sich hier um die vom Reiche unterstützte Durchführung von Versuchen handelt, mit deren Hilfe man sich die Gunst bestimmter politischer Gruppen — Jungdo, nationale Verbände usw. — erringen will. Nach wie vor gilt es für die Arbeiterschaft, hier auf der Hut zu sein. Kurt Hirche.

starken, auch vom Landtag energisch unterstützten Bestrebungen der sächsischen Regierung gelang, in einigen bedeutenden Fällen die völlige Schließung großer Werke zu verhindern, so erfolgte doch in anderen Fällen die dauernde Stilllegung von Betrieben, die bisher vielen Hunderten und Tausenden von Leuten Brogabgaben. Waren es 1928 nur 906 Betriebe, auf welche die Stilllegungsverordnung Anwendung fand, so sind es im Jahre 1930 3617 gewesen, wodurch 125 728 Arbeiter brotlos wurden. Als Ursache der Stilllegung werden in erster Linie Absatzschwierigkeiten sowohl im Inland wie im Ausland hervorgehoben. Wesentlichen Einfluß auf den Niedergang der sächsischen Industrie hatten aber auch die Konzernwirkungen. Waren doch neben dem endgültigen Eingehen alteingesessener Werke vor allem der Metallindustrie auch Verluste von Betrieben zu klagen, die von außersächsischen Konzernen aufgesogen wurden.

Über die Entwicklung der Tarifverhältnisse gibt der Bericht gleichfalls Auskunft. Danach waren im Jahre 1930 99 Reichstarifverträge, 100 Landestarifverträge, 349 Bezirkstarifverträge, 176 Ortstarifverträge und endlich 252 Maustarifverträge gültig. Davon waren 80, 62, 187 und 34 Tarifverträge allgemeinverbindlich. Über die Arbeitsstreitigkeiten zwischen den Tarifkontrahenten ist im Bericht vermerkt, daß deren Zahl wie auch die Heftigkeit eine Verminderung erfahren hätten. Der Gegenstand der Arbeitskämpfe war fast durchgängig der Wunsch der Unternehmer nach Abbau der überhöhten Löhne. Das Schwergewicht dieser Streitigkeiten lag in diesem Jahre wiederum bei der Maschinenindustrie und der Textilindustrie, denen in gewissem Abstand die Metallwarenherstellung, die Bekleidungsindustrie sowie die Holzindustrie folgte. K. Vogel.

Das Elend bei den Technikern

Die furchtbare Wirtschaftskrise erfaßt sowohl die Hand- wie die Kopfarbeiter. Wie es bei den Technikern aussieht, zeigt folgende Mitteilung, die wir dem Ingenieurdienst vom Verein Deutscher Ingenieure entnehmen: „An den Technischen Hochschulen und Fachschulen studieren etwa 40 000 junge Leute, von denen jährlich gegen 8000 ihre Studien abschließen. Diese Absolventen sind in erschreckender Weise arbeitslos: im Durchschnitt finden nur etwa 20 vH eine Stellung, 10 vH studieren weiter, 20 vH nehmen irgendeine Tätigkeit außerhalb ihres Berufes an, der Rest von etwa 50 vH bleibt ohne jedes Einkommen. Diplom-Ingenieure, die Schlafstellen haben, von 10 Uhr abends erst benutzbar, die kein warmes Essen kennen, die sich glücklich schätzen, wenn sie mit gleich welcher Arbeit, als Geschirrspüler, als Zigarettenverkäufer, als Eintänzer ein paar Mark verdienen können, sind keine Seltenheit mehr.“

An dieser Stelle ist bereits Stellung genommen worden zum sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst. Bald nach Erlass der Notverordnung vom 5. Juni, die für seine Förderung aus öffentlichen Mitteln die nötigen gesetzlichen Grundlagen schaffte, haben die Arbeiterorganisationen ihre berechtigten Bedenken geltend gemacht. Nunmehr ist die vom Reichsarbeitsminister und Reichsfinanzminister unterzeichnete Durchführungsverordnung „über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes“ erschienen, die am 3. August in Kraft trat. Diese Durchführungsverordnung enthält zwar eine Reihe von Verbesserungen der reichlich unklaren Notverordnung, aber was geblieben ist, läßt noch starke Bedenken offen.

Die wichtigste Bestimmung politischer Art dürfte die folgende sein: während die Notverordnung ganz allgemein sagte, Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes dürfen alle Vereinigungen sein, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen zusammenfassen — eine Bestimmung, die allen politischen Dunkelmännern die Tore öffnete —, schreibt die Durchführungsverordnung vor, daß keine Mittel gewährt werden dürfen, wenn Arbeitsgruppen für politische und staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden. So entscheidend diese Bestimmung ist, so läßt sich doch nicht leugnen, daß sie bei einiger Geschicklichkeit zu umgehen ist. Es wird dann eben „getarnt“. Ohne eine Abänderung der Notverordnung dürfte eine wirkliche Sicherheit in dieser Frage nicht zu erreichen sein. Im Hinblick darauf ist die Forderung der Gewerkschaften, daß bei der Entscheidung des Vorsitzenden des Landesamts darüber, ob eine Arbeit „gemeinnützig und zusätzlich“ und daher aus Mitteln der Reichsanstalt zu fördern sei, der Verwaltungsausschuß mitzuwirken habe, doppelt berechtigt. Aber auch die Frage, ob es sich um zusätzliche Arbeiten handelt, wird nicht immer leicht zu entscheiden sein, zumal die Gemeinnützigkeit einer Arbeit auch dann als gegeben gelten soll, wenn sie in erster Linie einem beschränkten Personenkreis (Mitgliedern von Verbänden, Genossenschaften usw.) zugute kommt, vorausgesetzt, daß ein wesentliches Allgemeininteresse vorliegt.

Was die Finanzierung des Arbeitsdienstes anlangt, so besagt die Verordnung, daß das Arbeitsamt für Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, die mit Zustimmung des Arbeitsamts als Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden, die Unterstützung nach Höhe und Dauer vereinheitlichen kann. Für sie kann die Unterstützung einheitlich auf höchstens zwei Mark wochentlich für eine Dauer von höchstens 20 Wochen festgesetzt werden, auch wenn hierdurch von den sonst geltenden Bestimmungen abgewichen wird. Das Bedenkliche ist, daß die Unterstützung auch an den Träger der Arbeit gezahlt werden kann, der sie zugunsten der Arbeitsdienstwilligen verwenden soll, was auch in Sachleistungen geschehen kann. „Zugunsten der Arbeitsdienstwilligen“ — das ist sehr dehnbar! In Baden bei den studentischen Arbeitslagern zum Beispiel führt diese Bestimmung dazu, daß die Studenten keinen Pfennig, die Arbeitslosen nur 50 Pf. je Tag bekommen. Abgesehen von den Sozialversicherungsbeiträgen, die das Lager zahlt, würde hiernach also das „Studentische Amt für Arbeitsdienstkolonien in Baden“ über den Rest von 1,50 M je Tag und Mann für seine Organisation oder organisatorische Durchführung des Ganzen verfügen können. Denn wie leicht läßt sich beweisen, daß dies „zugunsten des Arbeitsdienstes“ ist! Es muß Bedenken erregen, daß jetzt plötzlich der Bund „Artam“ eine neue teure Zeitschrift „Deutscher Arbeitsdienst“ herausgibt. Woher hat die Organisation der Artamanen plötzlich das Geld dafür? Hofft man es auf dem Wege über die eben kritisierte Bestimmung zu erhalten? Auf alle Fälle müssen die Landesamtsämter die Verwendung der den

fabriken, aber die stark verkürzte Arbeitszeit ließ es nicht zu Spargroschen kommen. Das um Unterstützung angegangene Arbeitsamt erklärte, dem Verlangen nicht stattgeben zu können, weil Ford nicht die vorgeschriebene Stilllegungsanzeige bei der Regierung eingereicht habe.

Um klare Bahn zu schaffen, klagt ein Arbeiter beim Kölner Arbeitsgericht auf Zahlung des Lohnes für die Urlaubstage. Die Klage wird erst am 15. August endgültig entschieden werden, weil der zum Termin erschienene Vertreter Fords erklärte, keine genügende Vollmacht zu haben. Inzwischen hat die Firma den Arbeitern die Mittelteilung zugehen lassen, daß sie ihre Papiere in Empfang nehmen können. Somit ist die „Beurlaubung“ durch die Entlassung beendet worden. Das millionenköpfige Heer der Arbeitslosen hat neuen Zuzug bekommen. Das Meer von Not und Elend steigt weiter. Wann wird es überlaufen?

Die Krise in Sachsen

Es ist bekannt, wie ungemein schwer die Wirtschaftskrise des Jahres 1930 gerade auch den Freistaat Sachsen betroffen hat. Die Zahl der Unterstützungsempfänger lag in Sachsen im ganzen Jahr wesentlich über dem Reichsdurchschnitt. Sächsische Gemeinden, wie zum Beispiel Chemnitz, hatten zeitweise, gemessen an der Einwohnerzahl, die meisten Erwerbslosen in ganz Deutschland. Ein gutes Bild der Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt geben die dem Jahresbericht anhängenden Zahlen-tafeln. Sie weisen einen bedeutenden Rückgang der Großbetriebe und der Mittelbetriebe auf. Allein die Zahl der Großbetriebe ist um 16 vH gemindert. Man muß wohl damit rechnen, daß die Zahl der im Jahre 1930 endgültig eingegangenen Betriebe in Sachsen über 1000 liegt.

Dieser starke Rückgang in der Betriebszahl hatte erschütternde Folgen für die Arbeiter. Sie verminderten sich 1930 im Vergleich zu 1929 um 222 980 oder um 14,1 vH. Da der Rückgang in der Zahl der Arbeiter aber bereits von 1928 zu 1929 einsetzte, muß man die Zahlen von 1930 mit den Höchstzahlen von 1928 vergleichen. Danach kommt man auf eine Verminderung der Arbeiterzahl in 1930 im Vergleich zu der von 1928 um 277 051 oder um knapp 20 vH.

Den Hauptanteil an diesem Beschäftigungsrückgang tragen im Berichtsjahre die Großbetriebe. Nach den Jahresberichten der Gewerkschaftsbeamten hielten 1004 Betriebe mit 193 815 Beschäftigten ihren Charakter als Großbetriebe ein. Die sächsische Wirtschaft wurde aber auch stark vom Erliegen großer und bedeutender Werke der seit langem ansässigen Gewerbe betroffen. Wenn es auch erfreulicherweise dem sehr

Und wieder ein Höhepunkt: der Festzug der Hunderttausend, der sich vor weiteren Hunderttausenden vorbei durch die Stadt bewegte, jubelnd begrüßt selbst aus den Häusern am vornehmen Ring. Es war ja noch nicht so lange her, da hatten die Heimwehrleute geglaubt, siegreich und umjubelt in Wien einziehen zu können. Sie sind bereits wieder in ein Nichts versunken, während die Arbeiterschaft dank ihrer Wachsamkeit und Bereitschaft unerschüttertda steht. Motorfahrer, Radfahrer, Turner, Sportler, die Männer des Schutzbundes als starke Wehr, ein unübersehbarer Zug, dessen Vorbeimarsch mehrere Stunden dauerte.

Schließlich aber, als Abschluß der Wettkämpfe, die ihrerseits höchst beachtenswerte Ergebnisse zeigten, die Olympiade-Massenübungen der Frauen und der Turner als gewaltiges Bild.

Dazu stets eine riesige Menge von Zuschauern, die begeistert die Wettkämpfe miterlebten, während die letzte bürgerliche Olympiade in Amsterdamm gähnend leere Bänke zeigte, da sie eben kein Massensport ist und daher auch keine Massen heranzuziehen vermag. Das war das Kennzeichen der Wiener Tage: Keine individuellen Rekorde wurden gesucht — oder doch nur von wenigen und nur in wenigen Sportgattungen, als Überrest bürgerlicher Tradition —, sondern die Masse sollte wirken. Und wenn trotzdem Höchstleistungen erzielt wurden, so galten sie nicht bloß dem persönlichen Ehrgeiz, sondern auch sie sollten dem großen Ganzen des Arbeitersportes dienen.

Doch Wien wirkte nicht nur als sportliche Schau. Die rote, von Tausenden bewunderte und anderen Tausend verfluchte Stadt der Gesellschaft von morgen bot auch ein Bild des zielbewußten Schaffens auf kommunistisch-politischem Gebiet. Keine sittenrichtende, frömmliche Engherzigkeit. Wer heute noch in alten Sinn das Leben „genießen“ will, der soll es tun; aber er muß, ob gern, ob ungern, in Form der Breitensteuer, so genannt nach dem Finanzchef Wiens, seinen Beitrag leisten an den sozialen Aufbau, an Wohnungshygiene, an Säuglingsfürsorge und Krankenpflege.

So waren die Wiener Tage ein Zeichen der Macht, die in der Arbeiterschaft liegt, wenn sie es will und wenn sie sich zur Erreichung ihres Ziels organisatorisch zusammenschließt. Daran werden nicht nur die Olympiateilnehmer und die Gäste, daran werden auch all jene denken, die zu Hause mit Spannung die Berichte über diese vergangenen Tage lasen.

Ein deutsch-evangelischer Bankrott

Die Deutsch-evangelische Heimstättengesellschaft mit dem Sitz in Berlin ist den Spuren der nationalsozialistischen Nährväter Lahusen, der Danatbank und den andern Bankrotteuren gefolgt. Diese Heimstättengesellschaft, kurz Devaheim genannt, ist sehr fromm, wie ja ihr Name schon besagt. Sie ließ sich das Sammeln von Geldern für Wohnungsbau angelegen sein. Ihre Kunden waren hauptsächlich gut christliche Leute, die zu diesem von Pastoren geleiteten Geschäft besonderes Vertrauen hatten. Jetzt sind die gutgläubigen Leute in wilder Wut. Sind doch durch den Zusammenbruch der Gesellschaft die sauer verdienten Groschen von 21 000 Bausparern auf höchstens gefahrdet. Wenn man den Berichten der Tagespresse trauen darf, sind nicht weniger als 10 Millionen Mark verloren gegangen.

Die Spargelder sollten für regelmäßige Zuteilungen an die einzelnen Bausparern verwandt werden. Tatsächlich wurden aber die eingezahlten Bauspargelder verschiedenen Wohlfahrtsanstalten der evangelischen Kirche überwiesen. So erhielt die Diakon-Anstalt in Duisburg etwa 150 000 M, womit der Zentralausschuß der inneren Mission eine frühere private Schuldenverpflichtung deckte. Besonders schlimm ist auch, daß die Direktoren des Devaheim-Konzerns sich selbst und den Aufsichtsratsmitgliedern unberechtigt hohe Beträge zukommen ließen. So erhielten die Aufsichtsrats- oder Zentralausschuß-Mitglieder Ohl, Fritsch, Kliesch, Thiel, Christiansen, Möller und Böcking — meistens Pastoren — Beträge von 100 bis 200 000 M. Wenn auch hiervon einiges Geld an Wohlfahrts-einrichtungen weitergeleitet worden sein mag, so handelt es sich doch um ganz irreguläre Zuwendungen zum Schaden der Bausparern.

Durch diese ungläubliche Mißwirtschaft, um die sich nunmehr die Berliner Staatsanwaltschaft kümmert, kam es schließlich dahin, daß allein die Bausparergesellschaft des Deutschen Evangelischen Volksbundes in Mülheim a. Ruhr einen Verlust von sieben Millionen Mark erlitt. Der allgemeine Zusammenbruch wurde dadurch beschleunigt, daß ein bedeutender Teil von Krediten, zu deren Geben u. a. die Deutsche Bank AG und die Dresdner Bank gehören, an der Börse verspekuliert oder vorläufig unverfügbar in industrielle Unternehmungen gesteckt zu sein scheint. Schließlich wird auch noch bekannt, daß die Devaheim zwei Blankokonten über einen Gesamtbetrag von mehr als einer halben Million Mark unberechtigtweise in Umlauf gesetzt hat.

Merkwürdigerweise hat es die schwerindustrielle Presse bis jetzt unterlassen, auch für diesen Bankrott den „Marxismus“ verantwortlich zu machen. Wir möchten sie daran erinnern, damit die Unterlassung nachgeholt wird. Denn es wäre jammerschade, wenn sie ihre Hanswursterci nicht durch diesen Skandal-fall vervollständigte.

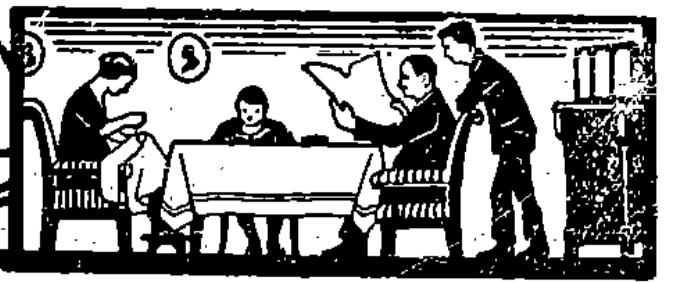
Ford schließt seine Betriebe

Nicht nur in Köln, auch in Detroit hat der Automobilkönig seine Fabriken stillgelegt. Durch die Stillsetzung des Hauptwerkes in Detroit werden an die 75 000 Leute arbeitslos. Dazu kommen noch die vielen Tausende, die in den Nebenindustrien beschäftigt sind und die nun auch ihr Brot einbüßen. Wenn Ford, der immer heilig betet, er werde seine Betriebe im Gange halten, um die Krise nicht zu verschlimmern, nun doch die Boden zumacht, so kann man ermesen, wie übel die Aussichten des Automobilgeschäfts sind. Der Kunde von der Stilllegung hat in Amerika Bestürzung empfunden. Ford wird zu seine Betenungen ermahnt. Darauf läßt er von seiner Direktion erklären, daß die Stilllegung nur vorübergehend sei, im August werde die Produktion wieder aufgenommen. Ob das der Fall sein wird, muß abgewartet werden.

Die Fordsche Belegschaft in Köln wurde am 10. Juli „beurlaubt“. Es ist noch in aller Gedächtnis, daß die Fabrik in Köln erst vor kurzer Zeit eröffnet wurde und es dabei große Reden über die Zukunft des Werkes gab. Die schönen Hoffnungen sind verteuft schnell verunstet. Die „Beurlaubung“ der Belegschaft läßt darauf schließen, daß die Fordsche Geschäftsleitung in Köln noch amerikanische Praktiken übt. Wären die Arbeiter nicht „beurlaubt“, sondern entlassen worden, hätten sie Erwerbslosenunterstützung bekommen. So aber kamen die Leute in eine bedrängte Lage. Gewiß verdienten sie bei Ford mehr als in anderen deutschen Automobil-



Familie und Heim



Stilles Heldentum / „Kriegerwitwen gestalten ihr Schicksal“

Über das Kriegsschicksal der Männer ist viel geredet und geschrieben worden. Beinahe hätte man darüber das stille Heldentum der Frauen vergessen, die im Kriege ihren Lebenskameraden verloren haben. Das tragische Schicksal dieser Frauen aufgezeigt zu haben, ist das Verdienst von Helene Hurwitz-Stranz. Sie hat die Lebenskämpfe deutscher Kriegerwitwen nach eigenen Darstellungen zusammengestellt. (Kriegerwitwen gestalten ihr Schicksal, Verlag Carl Heymann, Berlin.)

Von den 380 000 Frauen, die in Deutschland noch das schwere Los des durch den Krieg verursachten Witwens zum tragen haben, ist es natürlich nur eine verschwindend kleine Zahl, deren Lebenskampf in diesem Buche geschildert wird. Wie viele Tausende hat es gegeben, die infolge der seelischen Aufregungen krank geworden und früh gestorben sind. Ihr Mund ist für immer verstummt. Nur wenige können überhaupt über das furchtbare Erleben sprechen. Heute, da viele zu vergessen beginnen, welch ein Wahnsinn der Krieg gewesen ist, wird es doppelt notwendig, die Erinnerungen an das Kriegerleben der Frau wieder wachzurufen. Erschütternd sind einzelne Stellen in den Lebensdarstellungen dieses Buches. Die Frauen sprechen davon, wie sie mit einem entsetzlichen Angstschrei aus einem Traum erwacht seien, in dem sich das lächelnde Antlitz des Mannes in einen Totenkopf verwandelt habe. Ängstlich wird der Briefträger erwartet, ob er eine Feldpostkarte bringt. Plötzlich hören die Nachrichten aus dem Felde auf: „Zwei bange Jahre hoffte ich, daß mein Mann gefangen oder verwundet war und keine Nachricht geben könnte. Überall schrieb ich hin, nach Frankreich, England und Genf. Von überall erhielt ich die Nachricht: „Der... nicht gemeldet.“

Eine andere Frau berichtet darüber, wie sie sich krank gekränkt habe, als die Briefe aus dem Felde ausblieben: „Eines Tages kam dann ein Brief mit der Aufschrift: „Fürs Vaterland gefallen.“ Die Briefträgerin, die wir damals hatten und die mich und meinen Mann gut kannte, hatte den Brief schon zwei Tage und hatte nicht den Mut, ihn mir auszuhändigen.“

Wie viele Frauen sind unter der Todesnachricht seelisch zusammengebrochen. Ihr Mann war tot: „Das Ende? Ja, wenn es das hätte auch für mich sein dürfen!“ Ebenso furchtbar war es, wenn ein Brief mit dem Wörtchen „Vermißt“ zurückkam: „Im September 1917 erwartete ich meinen Mann das erstmalig auf Urlaub — da kam von seinem Regiment die Nachricht: „Vermißt“, angeblich schwer verwundet und in russische Gefangenschaft geraten.“ Nur diejenigen können ermessen, was das Wort „vermißt“ bedeutet, denen das Ungeheuerliche widerfuhr. Ein seelischer Zusammenbruch war die Folge, nur der Gedanke an das Kind gab mir wieder Halt und Lebenswillen. Wenn ich heute an diese qualvolle Zeit denke, wundere ich mich, daß ich wieder ins Leben zurückgefunden habe.“

Ja, das war die schwere Aufgabe: wieder ins Leben zurückfinden! Meistens ist es der Gedanke an das Kind gewesen, der neue Kraft gegeben hat. Das Kind hat sich an die Mutter geschmiegt und getröstet: „Mutter, du hast ja noch mich!“

Eine Frau schreibt: „Als ich meinen Kindern den Tod ihres Vaters mitteilte — der Älteste war neun Jahre, der Zweite acht und der Jüngste noch nicht fünf Jahre — und alle drei schmiegt sich so hilflos an mich,

und doch auch mit einer rührenden Fürsorge, mich zu trösten, da knüpfte ich wieder mit dem Leben an. Nun gab es nur noch eins: Meine Kinder zu erziehen.“

Schlimmes haben fast alle Kriegerwitwen in der Inflationszeit erlebt, als die Unterstützungsbeträge vollständig entwertet wurden: „Mit Schrecken denke ich daran, wie die Kinder um das größte Stück Brot stritten.“

Fabrikarbeiterin, Hausfrau und Mutter zu sein, das ist sehr viel verlangt, das übersteigt manchmal die Kräfte von Frauen, die durch den Hunger und die Entbehrungen des Krieges körperlich geschwächt und seelisch so tief getroffen sind. Sie leiden am meisten unter den Entbehrungen der Kinder und möchten diese Jahre gar zu gern wieder „aus ihrem Leben löschen“. „Was während dieser Jahre mein Herz und meine Seele erfüllte, soll niemand wissen, soviel Traurigkeit liegt darüber!“

Als dann in den Novembertagen 1918 die Männer heimkehrten, kam den Kriegerwitwen der erlittene Verlust erst voll zum Bewußtsein. Die große Einsamkeit kam zu ihnen, und niemand war da, der ihnen diese Bürde abnehmen konnte: „Wie sehnt man sich nach etwas Verständnis, nach etwas Fürsorge und Mitsorge! Wieviel leichter wäre die Arbeit zu ertragen, wenn uns einmal jemand die Hände streicheln würde, wenn man einmal den Kopf anlegen könnte und etwas ausruhen dürfte.“

So furchtbar ist für manche das Schicksal gewesen, daß man gar nicht daran zu denken wagt. Sie haben mehrere Söhne verloren, oder manche haben ihren Mann und ihren Sohn verloren, so daß sie allein auf der Welt zurückgeblieben sind und schreiben müssen: „Mein eigenes Schicksal darf ich gar nicht überdenken!“ — „Wir sind alt geworden, ohne richtig gelebt zu haben.“ In diesen Worten liegt eine so tiefe Tragik, und es zeugt von einem stillen Heldentum, wenn sie trotzdem den Mut zum Leben behalten haben.

Die Frauen, von denen in dem Buche berichtet wird, haben sich in den Dienst der Kriegsinterbienen-Organisationen gestellt und durch ihre Arbeit nicht nur vielen Mitschwern und Kriegerwaisen geholfen, sondern ihrem Leben auch einen neuen Inhalt gegeben. Der Zusammenschluß mit ihren Schicksalsschwern ließ sie das Leben leichter ertragen. Die Arbeit für die, die „noch ärmer“ waren, belebte ihre Kräfte. Und über diese Arbeit hinaus kamen sie zu der tiefen Einsicht, daß die Opfer des Krieges dann nicht umsonst gebracht worden sind, wenn es „den Bemühungen der Völker gelingt, einen dauernden Frieden und gütliche Auseinandersetzungen in Europa herbeizuführen.“

Diese wissenden Frauen erziehen ihre Kinder zu Kämpfern für den Frieden. Der Glaube an eine bessere Zukunft hält sie aufrecht. Sie, die ihr Liebste im Kriege verloren haben, rufen allen Frauen und Müttern zu: Vergesst nicht, ihr Frauen, was der Krieg gewesen ist! Werdet nicht müde, vor neuen Kriegen zu warnen. Tut eure Pflicht, indem ihr eure Kinder im Geiste des Friedens erzieht. Stellt euch zu denen, die eine Politik des Friedens fördern! Und wenn ein großer Teil des jungen Geschlechts und auch viele Männer das Furchtbare des Krieges vergessen haben, dann habt ihr die doppelte Verpflichtung, das mahnende Gewissen der Menschheit zu sein! Nie wieder Krieg!

Karl Wiechert.

zulegen, vielleicht mit den Jahrzehnten ein gutes Weinklokal oder vielleicht sogar ein kleines Hotel.

Wenn Marie daran denkt, strahlt ihr Gesicht: Vorwärtskommen! Hochkommen! Nicht-unten-bleiben! Es schaffen! Die Zukunft! Wir werden es schaffen! Es geht ihnen ja gut, besser als den anderen, die im Hinterhaus wohnen. Sie sind auf dem besten Wege, ins Vorderhaus zu wechseln. An den Sonntagen merkt es Marie.

Sonntags fahren sie hinaus. Einmal nach Wannsee, ein anderes Mal nach Potsdam, dann nach dem Müggelsee, zur Löcknitz oder sonst irgendwohin, wo es schön ist. Das ist gut für die Kinder. Die werden gesund dabei und freuen sich; und wenn die Kinder gesund werden und sich freuen, ist Marie gesund und freut sich. Manchmal bleiben auch die Kinder zu Hause — eine Nachbarin hat die Schlüssel und paßt auf — und dann gehen sie alleine aus: in ein Kino, in ein Variété, nach Treptow zum Feuerwerk, einmal nach Halensee in den Lunapark und zweimal sogar ins Theater. Oh, es geht ihnen gut.

Nur wenige Zwischenfälle trüben. Das sind die sechs oder sieben Abende, in diesen zwei Jahren, entsetzliche Abende, an denen Fritz betrunken nach Hause kommt, um — für Marie unfassbar — sinnlos zu randalieren, und dann schließlich hilflos wie ein durchsägter Baum ohne Halt umzufallen und liegenzubleiben. Marie tröstet sich damit, daß es nur selten, ganz selten geschieht, und daß Fritz hinterher um so vernünftiger und herzlicher ist. Marie nickt sich zu: Fritz ist doch gut!

So geht auch das dritte Jahr hin. Schon seinem Ende zu, als sich das ereignet:

Fritz kommt wieder, diesmal spät in der Nacht, betrunken nach Hause und beginnt zu streiten. Um das Essen, das Marie ihm aufbewahrt hat und ihm nicht warm genug und, als sie es aufwärmt, nicht gut genug ist.

Seine Trunkenheit ist diesmal größer, sein Zanken irr-sinniger und kindischer. Seine Wut entläßt sich mit hysterischen Aufschreien und steigert sich zu maßlosem Gebrüll. Marie, die Ratlose, die an die Kinder und an die Nachbarn denkt, versucht, ihn zu besänftigen. Vergeblich! Er greift das Geschirr, wirft es auf den Tisch, auf dem es in Scherben auseinanderkracht, und packt nun wahllos — als habe er an dem Klirren der Scherben Freude gefunden — Teller, Tasse, Schüssel und Gläser und wirft es auf den Boden, gegen die Wand, durchs Fenster, schleudert hysterisch auflachend die Scherben mit den Füßen durchs Zimmer und brüllt wiehern.

Marie, sekundenlang gelähmt gewesen, wacht mit einem Schrei auf und will ihm in die Arme fallen, als er sie anlogzt, die rechte Hand zur Faust ballt und Marie in das schreck-verzerzte, plötzlich weiße Gesicht schlägt. Und dann seitwärts zusammenbricht, ein hilflos zuckender Körper am Boden.

Das war das erstmal, daß er Marie schlug.

Jählings steht das vor ihren Augen: Damals der Vater zu Hause, betrunken wie der Mann hier; der Teller mit Kumpst, der Faustschlag in den Teller; und dann der Schlag mit dem Eisen in Mutters Gesicht, die Narbe auf Mutters Lippe. Was war das? Marie fragt entsetzt. Was ist das? Ist das immer so? Überall so? Muß das so sein? Marie schließt die Augen und findet keine Antwort.

Warum war das? Sie schreit nach Antwort; sie wird ihr nicht. Nur das ist: Die Scherben, der Schlag ins Gesicht, der Mann am Boden. Dieser rätselhafte Mann, dem ihre ganze Liebe gehört und den sie auch jetzt noch liebt. Ratlos und hilflos liebt. Den sie nun wimmernd und mühsam in die Schlafkammer schleppt, auszieht und mit Aufwendung letzter Kräfte wie einen bleiernen Klotz ins Bett hebt, wie ein hilfloses Kind hinlegt und zudeckt.

Das ereignet sich nun öfters. Marie fragt erschrocken: Hat er schlechte Freunde? Verführt sonst etwas? Was ist es, das ihn dazu treibt? Sie erfährt es nicht.

Fast regelmäßig kommt er jetzt einmal im Monat betrunken nach Hause. Am Tage darauf ist er immer krank, fast hilflos und von rasenden Kopfschmerzen gepeinigt. Auf Mariens verängstigte Fragen antwortet er kaum, weicht ihnen aus oder achselzuckt: „Als Kellner muß ich manchmal mit trinken. Wenn ich das nicht tue, sind die Leute beleidigt. Das geht nun mal nicht anders. Ich muß doch schließlich verdienen. Jeder hat sein Geschäft. Und jedes Geschäft hat seine Unannehmlichkeiten. Kann ich dafür? Daß ich Kellner bin?“

Trotzdem werden die Markstücke, die er täglich zu Hause abliefern, immer weniger. Noch reicht es zum Haushalt. Aber schon fragt sich Marie entsetzt, wann es nicht mehr reichen wird. Wann sie — unsagbar qualender und erniedrigender Gedanke — ihr „Kapital“ angreifen muß?

Sie redet Fritz zu. Er verspricht alles, was sie will. Aber er scheint es nicht zu halten. Marie spielt schon mit dem Gedanken, daß Fritz einen anderen Beruf ergreifen muß. Daß es so nicht weitergehen darf. Daß etwas geschehen muß!

Wieder eine so furchterliche Nacht! Wieder ist Fritz krank. Nur diesmal schlimmer als sonst. Die Zuckungen und Krämpfe werden stärker, dauern länger an. Marie hat Angst. Sie versucht, ihm mit kalten Umschlägen zu helfen. Aber: statt Besserung tritt weißer Schaum auf seine Lippen, wälzt sich sein Körper wie gepeitscht hin und her. Schließlich weiß sich Marie keinen Rat mehr und schickt die Nachbarin zum Arzt.

Der hat Fritz kurz angesehen, bricht den neuen Anfall vorläufig mit geschickt angesetzter Massage und Kochsalz, schickt die Nachbarin mit einem Rezept zur Apotheke und spricht nun mit Marie.

Über die Krankheit sagt er nur wenige Worte, die aber genügen, um Marie fast zu lähmen. Er spricht kurz und schonungslos: „Epilepsie. Noch nicht schlimm. Aber kann sich wiederholen. Das verordnete Mittel wird sie brechen. Kann vielleicht die Geschichte beseitigen. Aber auch nur vielleicht! Mehr läßt sich nicht sagen.“

Dann gibt er Anweisungen: „Vor allem keine Reizstoffe. Besonders keinen Alkohol! Namentlich davor muß er sich hüten!“ — Er fragt nach dem Beruf.

Marie antwortet hoffnungslos: „Kellner.“ Er zuckt zusammen, schweigt in kurzer Verlegenheitspause, tröstet dann: „Es gibt eine ganze Menge Kellner, die keinen Tropfen Alkohol trinken. Daß er Kellner ist, das bedeutet noch nicht, daß der Fall hoffnungslos ist. Sie müssen eben energisch sein! Und ihm zusetzen! Außerdem werde ich, wenn er wieder soweit auffassungsfähig ist, eindringlich mit ihm sprechen.“

Im Gehen fragt er nach ihr, nach ihrer Gesundheit, ob sie Kinder habe, wieviel und wie es da aussehe. Marie antwortet ihm peinlich genau, fast wie ein Schulkind auf Fragen seines Lehrers.

Jetzt fällt ihr ein, daß der Junge — ganz im Gegensatz zu dem Mädchen — manchmal auch ähnliches hat wie Krämpfe. Der Arzt blickt auf, bleibt und will ihn sehen, untersucht, findet aber nichts im Augenblick Auffälliges und beruhigt. Doch gleichzeitig warnt er vor weiteren Kindern. Wenigstens vorläufig.

(Wird fortgesetzt.)

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XIX.

Erstes Jahr: Fünf Monate nach der Hochzeit bringt Marie ein Mädchen zur Welt. Der Freundin zum Dank für die so tatkräftige Liebe wird es Trude genannt. Das ist ein armes, hilfloses, aber auch feines, zierliches Bündelchen Leben, das viel und meist grundlos weint; nicht eigentlich kränklich, nur schwach und müde, nur Ohnmacht und Abwehr dem gegenüber, das sich Leben nennt, und dann kraftloses Sichergeben und wimmerndes Resignieren; Quell vieler Sorgen und Aufregungen und vielen Betrübnissen und Sichbekümmerns. Denn: das Wimmern, das immer und zu ungelegensten Zeiten da ist und stört und sich in die Ohren verbeißt, ist auch erster Anlaß zu Unzufriedenheit des Mannes, zu Nörgeleien und Zank und oftmaliger, kränkender Flucht. Marias ganze Liebe und Opferfähigkeit, ganzes Wollen und Wissen gehört ja diesem armen, brandroten, strampelnden, schreienden Fleischbündel. Marie begehnt den Fehler, der alle Mütter begehnen müssen — über dem Kind vergißt sie den Mann; Fritz aber vergißt das nicht.

Das geht erst vorbei, als nach einem halben Jahr das Kind sich ändert, ruhiger und dabei kräftiger wird. Namentlich in den Armen der Mutter kann es plötzlich ruhig sein wie in Windstille ein Blatt am Baum und kann dann mit großen, braunen Augen unbeweglich und unablässig die Mutter rätselhaft ansehen. Das ist ein großes Glück für Marie, die dabei allmählich vergißt, daß man in Königsberg die Bitte, ihr das erste, uneheliche Kind wieder zu überlassen, abgeschlagen hat.

Das Jahr geht schnell vorbei. Das Kind, der allmähliche Aufbau der Wohnung, die Fülle des Ungewohnten, lassen Stunden, Tage und Monate sich jagen. Marie, die bald ihren Mutterfehler eingesehen hat, teilt ihre ganze große Liebe zwischen dem Kind und dem Mann, dem sie oft und gern sich schenkt. Das Bedenken des Umstandes, daß Fritz sein Wort gehalten hat, erfüllt sie mit solcher Aufopferungsstärke für ihn, daß dieser sich wieder verpflichtet und in manchen Stunden dankbar fühlt. Auch er empfindet das Neue schön und freut sich über das Beruhigende und Geregeltete des eigenen Heimes, das Behaglichkeit bedeutet und einen Menschen, der auf einen wartet und für einen sorgt. Allmählich auch keimt Vaterstolz in ihm und wird groß.

Am letzten Abend in diesem Jahre ist Marie allein. Der Krabal draußen ist für Fritz Geschäft und zwingt ihn zur

Arbeit. Marie hat Zeit zum Nachdenken. Sie rechnet nach, überprüft und zieht den Schlußstrich.

Die Rechnung stimmt: Das Jahr war gut und Aufstieg, Vorwärtskommen und Erfüllung. Als die Neujahrsglocken läuten, geht Marie an das Kinderbett und küßt Trude, die im Schlaf lacht und mit den Kinderfüßchen spielt. Marie ist glücklich und froh.

Das zweite Jahr: Wieder ein Kind. Diesmal ein Junge. Er ist gesund und kräftig, Lebensfreude und Stolz des Vaters. Wieder jagen die Monate. Sie sind Arbeit, Streben, Hochkommen und Freude daran, Zufriedenheit.

Alle helfen sie Marie, die alle gern haben. Die alte Dienstgeberin vermittelt zwei gute Stellen zur Aufwartung. Fritz, der jetzt in einem großen Restaurant beschäftigt ist und meistens auch dort zu Mittag ißt, macht wenig Arbeit. So kann sie es bequem schaffen.

Mit der Gleichmäßigkeit eines Uhrwerks läuft der Tag ab. Nur die Sonntage sind anders und nicht wie die Werktage, die eintönig sind und manchmal Leerlauf. Die Sonntage gehören, wenn Fritz Dienst hat, Marie und den Kindern allein, wenn Fritz frei ist, ihnen allen zusammen. Es geht ihnen gut. Fritz verdient tüchtig und kann allein aus seinem Verdienst ihren Lebensunterhalt bestreiten, und es bleibt noch übrig. Dazu verdient ja Marie an jedem Tag, an dem sie arbeitet, drei Mark. Das sind in der Woche achtzehn Mark, die jeden Montag zur Sparkasse gebracht werden, um da mehr zu werden und Fundament.

Fundament, auf dem Marie aufbauen will. Sie hat ihre ganz bestimmten Absichten: Das Geld, das sie auf die Sparkasse bringt, wird nicht angerührt, soll liegen bleiben und sich verzinsen. Sie wird es schon fertigbringen, sie ist ja so fleißig und hinterher und fest. Den Notgroschen, den man von Zeit zu Zeit sicher einmal brauchen wird — wenn der Mann oder die Kinder krank werden; daran, daß sie selber einmal krank werden kann, denkt Marie nicht — diesen Notgroschen legt schon Fritz zurück, aus dem, was ihm übrigbleibt. So wird ihr „Kapital“ wachsen und im Jahr gut seine tausend, in fünf Jahren aber mehr als funftausend Mark ausmachen. Und dafür — das sind Marias Absichten — werden sie sich dann eine kleine Kneipe kaufen und die hochwirtschaften, mit Verdienst verkaufen und sich selbst wieder etwas Besseres und Feineres



Verbandsleben



Eine Kluft droht

Zwischen beschäftigten und unbeschäftigten Arbeitern

Darüber besteht so ziemlich eine Meinung, daß die Wirtschaftskrise von langer Dauer sein wird. Ihre Milderung oder Behebung setzt tiefgreifende Maßnahmen und geistige Wandlungen voraus. Solche Voraussetzungen brauchen Zeit, viel Zeit zu ihrer Erfüllung. Wir müssen uns daher auf Jahre hinaus mit einer sehr hohen Zahl von Arbeitslosen vertraut machen.

Ein jahrelang millionenköpfiges Arbeitslosenheer bedeutet, was man gar nicht zu betonen braucht, eine Gefährdung der gewerkschaftlichen Grundlage. Gewiß hatten wir auch früher schon starke Haufen Erwerbsloser. Jedoch fanden sie damals verhältnismäßig schnell wieder Beschäftigung. Deshalb brauchte früher die Arbeitslosigkeit nicht besonders tragisch genommen zu werden. Von der Arbeitslosigkeit blieb in erster Linie die Stammbelagschaft jedes Betriebes verschont. Mindestens neun Zehntel der gewerblichen Arbeiterschaft konnten vor dem Kriege darauf rechnen, von der Arbeitslosigkeit nie oder doch ganz selten betroffen zu werden. Dieser feste Kern bildete die Stammbelagschaft und das Rekrutierungsgebiet der Arbeiterbewegung. Das ist heute wesentlich anders. Die derzeitige Wirtschaftskrise hat Arbeiter und Angestellte zum Feiern gezwungen, die vordem niemals oder ganz wenig arbeitslos gewesen waren. Diese Tatsache muß festgehalten werden. Wenn nun Millionen plötzlich entwurzelt werden und die Aussicht sehr gering ist, wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen, so entsteht ein Heer von innerlich veränderten und erbitterten Menschen.

Bei der kürzeren Dauer der früheren Arbeitslosigkeit gehörte der unbeschäftigte Kollege nach wie vor zur Schicksalsgemeinschaft der organisierten Kollegen. Er blieb mit seiner Organisation verbunden und nahm an ihrem Tun und Denken mit kaum verringerter Lebhaftigkeit teil. Das kann man jedoch bei den langfristigen Arbeitslosen von heute nur noch in beschränktem Maße behaupten. Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß die beschäftigten Arbeiter mit den unbeschäftigten in einen immer größeren Gegensatz geraten.

Solange die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Organisation Unterstützung bekommen, fühlen sie sich mit ihr noch verbunden. Das ändert sich, wenn sie ausgesteuert und dazu verurteilt sind, eine Arbeitslosigkeit von vielen Monaten oder gar von Jahren zu erleiden. Sobald das materielle Band zur Gewerkschaft erloschen ist, bleiben nur die innerlich gefestigten Mitglieder auch mit dem Herzen bei ihrer Organisation. Langfristige Arbeitslose haben an vielen Fragen der Gewerkschaften nur noch ein geringes Interesse. Berufsfragen, Erörterungen über Lohn, Arbeitszeit usw. sind für den Beschäftigungslosen, der vorläufig keine Aussicht auf Stellung und Verdienst hat, fast belanglos. Das Sinnen und Trachten ändert sich, es bildet sich allgemach eine Arbeitslosen-Mentalität heraus, die sich nicht selten gegen die im Betriebe stehenden Kollegen richtet. Neid, Mißgunst und gleichwertige Eigenschaften stellen sich ein. Das Interesse der Arbeitslosen gilt kaum noch etwas anderem, als dem staatlichen Unterstützungswesen, dem Arbeits- und dem Wohlfahrtsamt. Er entfremdet sich von seiner früheren Gewerkschaftsarbeit. Die Verhandlungsgegenstände der Gewerkschaftsversammlungen kümmern ihn nicht mehr, die in der Verbandszeitung erörterten Dinge desgleichen.

Gewiß, die Gewerkschaften tun bereits manches, um die arbeitslosen Kollegen an die Organisation zu fesseln. Zu gewissen Zeiten, namentlich zu Weihnachten, werden Sonderunterstützungen ausbezahlt, den ausgesteuerten Mitgliedern wird die Verbandszeitung unentgeltlich geliefert, Kurse werden veranstaltet und anderes mehr. Dann bildet die Invalidenunterstützung ein solides Band zwischen beschäftigten und unbeschäftigten Mitgliedern. Sie dürfte mit dazu beitragen, daß die erwerbslosen Mitglieder, sofern es nur irgendwie geht, der Organisation die Treue bewahren.

Alein, wie mannigfaltig auch die Bemühung der Gewerkschaften ist, ihre erwerbslosen Mitglieder zu fesseln, es ist doch zu fragen, ob diese Bemühungen ausreichen. Es ist zu fragen, ob bei einer dermaßen starken und langandauernden Arbeitslosigkeit nicht noch mehr getan werden kann. Man darf nicht vergessen: durch die bisherigen Bemühungen der Gewerkschaften, ihre erwerbslosen Mitglieder zu fesseln, werden diese nur stunden- oder augenblicksweise mit ihrer Organisation, mit den noch beschäftigten Klassengenossen in Verbindung gebracht. Sind diese Stunden oder Augenblicke vorüber, steht der arbeitslose Kollege wieder allein mit seiner materiellen und seelischen Not. Er fühlt sich bis zur nächsten Berührung mit seinen organisierten Kollegen verlassen. Der ununterbrochene Kampf um die Brotkrumen, der bange Gesichtsausdruck der Frau, die hungerigen Augen der Kinder zermürbt die Widerstandskraft auch des starken und treuen Gewerkschafters. Wo Seele und Magen leer sind, ist mit Mahnungen aus der Ferne nicht viel anzurichten. Nur noch Taten, freimütig-kameradschaftliche Taten können da helfen. Wo diese fehlen, ist sehr zu befürchten, daß die erwerbslosen Mitglieder nach und nach die seelische und sonstige Verbindung mit ihrer Organisation verlieren und sich eine Kluft zwischen den beschäftigten und unbeschäftigten Proletariern auftut und immer größer wird.

Die Gewerkschaften müssen Mittel und Wege finden, die gefährliche Möglichkeit abzuwenden. Daß dies unbedingt notwendig ist, darüber wird es in den Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheit geben. Nur über das Wie dürften die Ansichten auseinandergehen. Das Wie wird allerdings von den örtlichen und anderen Umständen in hohem Maße abhängen. Darum sollte man

sich allerwärts mit dieser Sache, deren Wichtigkeit nicht zu überschätzen ist, befassen. Dabei hat die Frage alle platte Selbstverständlichkeit zu gelten: die beschäftigten und die unbeschäftigten Arbeiter gehören unbedingt zusammen. Beide sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Zwischen Beschäftigten und Beschäftigungslosen darf es keinen Gegensatz geben. Nur mit Hilfe der einen können die andern vorwärts kommen. Die Einigkeit der Arbeiterschaft war nie dringlicher als jetzt. Jeder Versuch, die beschäftigten Arbeiter und die Beschäftigungslosen gegeneinander auszuspielen, ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse.

Von dieser Selbstverständlichkeit aus ist zu erörtern, was die Gewerkschaften wie jedes ihrer Mitglieder noch tun können, um eine möglichst enge Verbindung zwischen den erwerbslosen und beschäftigten Kollegen zu erhalten. Und hierbei sollte nicht außer acht gelassen werden, daß materielle Mittel durch seelische vervollständigt werden müssen. Zu der offenen Hand muß sich das offene Herz fügen. Ja, sehr oft dürfte das offene Herz, die kameradschaftlich freundliche Anteilnahme an dem Schicksal des arbeitslosen Bruders noch mehr bedeuten, als geldliche Hilfe. Anders ausgedrückt:

Die Anteilnahme der Organisation sollte verallgemeinert und vertieft werden durch die Hilfe von Mensch zu Mensch, von Familie zu Familie; der arbeitslose Kollege und seine Familie müssen überzeugt sein und bleiben, daß sein Leid mitgeföhlt und mitgetragen wird von der Gewerkschaft wie auch von den beschäftigten Kollegen und ihren Familien.

Mit allen diesen Dingen sollten sich die Gewerkschaftskollegen noch mehr als bisher beschäftigen, und nicht bloß in den Versammlungen, sondern auch in der Werkstatt und in der Familie. Es werden sich dadurch viele Wege auftun, auf denen den arbeitslosen Kollegen und ihren Familien materielle und seelische Hilfe gebracht werden kann. Wer in dieser Sache wirklich nützlich zu sagen hat, dem stehen die Spalten der Metallarbeiter-Zeitung offen.

Sitzung des IGB in Berlin

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagte zum ersten Male seit der Übersiedlung nach Berlin in seinen neuen Räumen. An der Sitzung, die vom 21. bis 23. Juli stattfand, nahmen sämtliche Mitglieder teil. Nach einer Ansprache des Genossen Citrine begrüßten die Genossen Wels, Leipart und Käppler den IGB in Berlin und wünschten ihm eine erfreuliche Entwicklung.

Wir berichten nun kurz über die wichtigsten Beratungsgegenstände: Die von der gemeinsamen Kommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und dem IGB ausgearbeiteten Entwürfe einer Entschliebung für die internationale Abrüstung und eines Aktionsprogramms zur Beeinflussung der nächsten Jahr stattfindenden Abrüstungskonferenz wurden genehmigt. Das Programm sieht internationale Kundgebungen, Massenpetitionen in verschiedenen Ländern und andere Maßnahmen vor, die geeignet sind, den Druck auf die öffentliche Meinung und die Regierungen auszuüben und den Friedenswillen zu stärken.

Das Programm für die vom 23. bis 29. August 1931 in Oxford stattfindende internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder (wofür Anmeldungen aus zahlreichen Ländern vorliegen) wurde einstimmig genehmigt. Die Durchführung der Studienreise nach dem fernen Osten, bei welcher Sache japanische Gewerkschaftsvertreter anwesend waren, wurde eingehend besprochen und gewisse Vorbereitungen getroffen. Nach Aufstellung des endgültigen Programms sollen die internationalen Berufsekretariate angefragt werden, ob sie sich auf eigene Kosten an dieser im Herbst 1932 vor sich gehenden Reise beteiligen wollen. Der Vorstand beauftragte das Sekretariat, die Verhandlungen mit den Organisationen Südamerikas, die um Aufnahme in den IGB nachgesucht haben, fortzusetzen. Gelegentlich der nächsten Internationalen Arbeiterkonferenz soll mit den Arbeitervertretern von Südamerika Fühlung genommen werden, um die Abhaltung einer südamerikanischen Gewerkschaftskonferenz zu ermöglichen.

Sodann wurde die allgemeine Wirtschaftslage besprochen. Diese Erörterung zeigte, daß die Anarchie des jetzigen Produktionssystems und die Fahrlässigkeit der Wirtschaftsführung noch nie zu einer so ernsten Krise geführt haben. Der hemmungslose Kapitalismus, der dem Profitstreben der monopolistischen Wirtschaft freien Lauf läßt, hat in Deutschland zu einer finanziellen und wirtschaftlichen Katastrophe geführt, die in sich die ernsteste Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs aller Kulturvölker birgt. Eine der dringlichsten Aufgaben der Arbeiterorganisationen aller Länder ist es, die Anstrengungen für die Durchführung ihrer Forderungen zu verdoppeln.

Jacob de Kort †

Im blühenden Mannesalter ist Jacob de Kort in Frankfurt a. M. ganz unerwartet einem Blutzug erlegen. Mit ihm hat der DMV ein tüchtiges Mitglied, seine Kollegen einen prächtigen Mitmenschen und guten Kameraden verloren. Er gehörte seit Jahren zu den Mitarbeitern unserer Zeitung. Bedeutende Aufsätze sind seiner Feder entsprossen. Seine schriftlichen Arbeiten bezeugen, daß er im Leben wie in der Literatur tief schürfte, um seiner Auffassung Kraft zu verleihen. Er muß die spärliche Freizeit gut zu seiner Weiterbildung genutzt haben. Die Früchte seines Studiums sind auch seinen Mitarbeitern zugute gekommen, die ihn als Betriebsrat erkoren hatten. Im Betrieb wie in der Arbeiterbewegung überhaupt vertrat er seine Meinung in einer Weise, die keinen Stachel zurückließ. Was Wunder, daß er sich allgemeine Achtung erwarb. Seine letzte schriftstellerische Arbeit ist ein Drama aus dem Arbeiterleben, dessen Aufführung das Frankfurter Kulturkartell bereits beschlossen hatte. Ein Arbeiter, der solches vollbringt, hätte noch vieles geben können. Dagegen hat der Tod sein Veto eingelegt. Wir beklagen mit seiner Familie und den Frankfurter Genossen tief das tragische Schicksal Jacob de Korts, unseres Kameraden und Mitarbeiters. Mit ihm ist ein treusorgender Familienvater, ein wackerer Mitstreiter und ein fleißiger Schriftsteller von uns gegangen. Die Erinnerung an ihn wird so leicht nicht verblasen.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 16. August, ist der 84. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. August 1931 fällig.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenken steht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenken durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als die Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, unterlassen.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6 439 400, lautend auf den Former O. Kabner, geb. am 29. April 1913 zu Mühlradlitz. (Liegenschaft)

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts

Der Schlosser Roman Milinsky, geb. am 19. Juni zu Sofia, Mitgliedsbuch Nr. 6 867 648, wegen betrügerischer Manipulationen mit Mitgliedsbuch und Beitragsmarken. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg: Der Elektriker Kurt Schwarze, geb. am 16. August 1892 zu Mülberg, Mitgliedsbuch Nr. 6 226 557, wegen Schädigung der bandsinteressen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Remscheid. Lokalgeschenk kann nicht mehr ausgezahlt werden.

Das Krümpersystem in einem Zementwerk

Da durch die Verschlechterung des Baumarktes der Absatz von Zement sehr ungünstig ist, hat sich die Firma Dyckhoff & Söhne in Amöneburg genötigt gesehen, einen von ihren vier stillzulegen. Die Stilllegung, die sich also auf ein Viertel der Belegschaft von gegenwärtig 740 Mann erstreckte, würde für 185 Mann Entlassung bedeuten. Um zu verhindern, daß diese 185 Mann dem Produktionsprozeß fernbleiben, hat sich die Gesellschaft entschlossen, das sogenannte Krümpersystem einzuführen. Die Gesamtbelegschaft wird in Gruppen eingeteilt, und jede dieser Gruppen feiert an Wochenenden. Die Belegschaft ist also völlig gleichmäßig an der Stilllegung des einen Ofens beteiligt. Wie wir hören, hat die Arbeiterschaft mit diesem Vorschlag der Verwaltung verstanden erklärt. Der Vorteil des Krümpersystems ist, daß jeder einzelne der von der Stilllegung betroffenen Belegschaft weiß, daß er nach achtwöchigen Feiern wieder die Arbeit aufnehmen kann.

Gewerkschaftliches Treffen in Lüttich

Am 17. Jahrestage des Beginns des Weltkrieges fand in Lüttich eine Kundgebung von Gewerkschaftern gegen den Krieg statt. Alles in allem mögen 20 000 Mann beisammen gewesen sein, darunter an die 6000 Deutsche. Während des Sonntags wurden die Straßen der Stadt einem internationalen Menschenlager. Die Verschiedenheit der Sprache bildete kein Hindernis für die Verbrüderung. Hier sprachen die Herzen beredeter, als der Mund vermag. Ein großer Umzug sammelte sich gegen Mittag. Namens der deutschen Teilnehmer sprachen unsere Kollegen Böckler und Haas, für die Holländer der Genosse Pollack und für die belgischen Kameraden die Genossen van de Meulebroeck und Bondas. Jede der Reden klang in der Forderung: Nie wieder Krieg! An den Umzug beteiligten sich 20 000 Menschen. Die Lütticher Einwohner auf beiden Straßenseiten dicht gedrängt, bildeten Spalier.

Der ZdA hält stand

Nach dem Jahresbericht des Zentralverbandes der Metallarbeiter für 1930 hat er einen Zuwachs von 11 000 neuen Mitgliedern trotz Abgang durch Stellenlosigkeit, Tod und sonstigen Ursachen. Zur selben Zeit ist auch eine Vermehrung der finanziellen Kraft eingetreten. Das Vermögen ist auf 5 1/2 % Mark gestiegen. Diese Zunahme an organisatorischer und finanzieller Leistungsfähigkeit gab dem Verbande die Möglichkeit, seinen wachsenden Verpflichtungen gegenüber den unterstützungsbedürftigen Verbandsmitgliedern nachzukommen. Die siebenstelligen Zahlen, ausgezahlt an Unterstützungsberechtigte, verkünden viel Elend. Sie zeigen aber auch die helfende Wirkung des Verbandes. Die Rechtsschutzabteilung bei der Hauptverwaltung des ZdA erteilte 1930 allein 16 100 Rechtsauskünfte gegen 11 687 im Vorjahre. In den Klagen der Arbeitsgerichtsbehörden wurden 1930 gefordert 1 435 277 Mark, davon wurden durch Vergleich erzielt 726 231,81 M und durch Urteil 466 701 M. Vermehrte Arbeit entstand aus fortgesetzter und gesteigerter Tarifkämpfe, die immer wieder zeigten, daß der Verband auch in den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges sich als festes Bollwerk bewährt.

Karl Haus †

Am 28. Juli verschied Kollege Karl Haus, der 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle in Radeberg. Von 1907 bis 1931, schloß er sich dem Berufsverband der Former an, später zum Deutschen Metallarbeiter-Verband überzutreten. Über 30 Jahre war er Mitglied des Verbandes, und er während dieser Zeit fast immer als Funktionär in den vorderen Reihen des Verbandes gestanden. Im Februar des kommenden Jahres wären es 25 Jahre geworden, daß Karl Haus 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Radeberg war. Seine Tätigkeit beschränkte sich keinesfalls auf die Gewerkschaft, sondern auf alle Zweige der sozialistischen Bewegung. In der SPD im Ortsausschuß des ADGB, als auch in der Sozialversicherung hat er fleißig geschaffet und sich dadurch viel Achtung erworben. Der unerbittliche Tod schlug dem stillen, physisch bewußten Arbeiter das Schanzzeug aus den Händen. Sein Grab wird in den Reihen der organisierten Arbeiter das Grab hinaus gewahrt bleiben.

Erinnerungen eines alten Formers

Von A. P., Hannover

(Schluß)

Bei Begrüßungen der Ausgewiesenen durch Gleichgesinnte wurde natürlich auch allerlei Kurzweil getrieben, auch gesungen, besonders Lieder, die die damalige Zeit gebar. Von einem Liede, das nach der Melodie: „Weißt du wieviel Sternlein stehen, an dem blauen Himmelszelt“ gesungen wurde, sind mir nur noch ein paar Verse im Gedächtnis geblieben. Hier sind sie:

Weißt du, wieviel Sternlein stehen,
Manchem Lumpen an der Brust.
Weißt du, wieviel Bummel gehen
Stolz einher, sich selbst bewußt.
Laß sie protzen, laß sie pressen.
Wir, wir werdens nicht vergessen.
Es kommt der Tag, da rechnen wir.

Weißt du, wieviel Kindlein frühe
Steh'n aus ihrem Bettlein auf.
Nur aus Sorgen, Last und Mühe
Besteht für sie der Tageslauf.
Vater wurde ausgewiesen,
Dafür müssen die Kindlein büßen,
Hatten ihn doch gar so lieb.

Die Moral von der Geschichte
Dürfen wir vergessen nicht.
Kommt zum großen Volksgerichte
Tu ein jeder seine Pflicht.
Darum treu zusammenhalten
So die Jungen wie die Alten,
Dann ist uns der Sieg gewiß.

Ein viel erörterter Gesprächsstoff in den Mitglieder- versammlungen war das „Umschauen“. Die Arbeitssuchen- den standen vor den Eingängen zum Betriebe und erwarteten den Augenblick, in dem sie ihre Arbeitskraft dem zuständigen Meister anbieten konnten. Die Einheimischen oder dort Wohnenden suchten die Meister in ihren Wohnungen auf. Das Umschauen hat ja überhaupt für jeden aufrechten, seiner Ehre und Arbeitskraft bewußten Menschen etwas Peinliches, Niederdrückendes, Bettelndes an sich. Deshalb traten die Mitglieder in den Versammlungen dem Gedanken einer geregelten Arbeits- vermittlung näher und beschlossen im Sommer 1888 die Errichtung eines Arbeitsnachweises für Formere. Allen Gießereieinhabern wurde hiervon Mitteilung gemacht unter Angabe der Gründe und Bestimmungen des Nachweis-Reglements. Eine Antwort hierauf wurde von den Krautern nicht gegeben. Die Leitung des Vereins faßte dieses als Zustimmung auf und es wurde eine Nachweis-Kommission gewählt, der auch ich angehörte. Die Kommissionsmitglieder wechselten sich ab, und zwar so, daß jeden Abend ein Mitglied in der Vermittlungs- stelle Herberge „Stadt Lüneburg“ anwesend war, um Eintragungen der Arbeitssuchenden und Vermittlungen vorzunehmen. Eines abends, an dem ich zufällig Dienst hatte, kamen einige Formere der Firma B. und meldeten, daß dort ein Formere Z. angefangen hätte und ob er von uns vermittelt werden sei. Ich mußte das verneinen. Darauf verlangten die Kollegen, daß ich wegen der Angelegenheit der Firma schreiben sollte. Das wurde zugesagt. Der Brief, den ich dann schrieb, lautete:

„Herr Schmidt wird ersucht, den Formere Z. sofort zum Nachweis der Formere zu schicken oder wieder zu entlassen, widrigenfalls wir andere Maßregeln ergreifen. Die Arbeitnehmer-Kommission der Formere.“

Ich hatte einen höflichen Ton im Briefe vorgeschlagen, die Kollegen bestanden aber auf der scharfen Form. Am übernächsten Morgen stand der Inhalt des Briefes schon in den Braunschweiger Zeitungen. Die Firma entließ den Mann aber nicht. Die Kollegen des Betriebes wurden deshalb vorstellig, erfuhren aber eine Ablehnung.

Am 5. November 1888 erfolgte darauf die Arbeitsniederlegung. In der Vereinskasse befanden sich einige hundert Mark; es mußte deshalb sofort eine Sammelaktion eingeleitet werden. Aber auch die Polizei trat in Tätigkeit. Ich wurde wegen des Briefes in Untersuchung genommen, glaubte doch die Polizei, der Streik sei von der Sozialdemokratie inszeniert. Am 10. Januar 1889 erhielt ich dann folgendes Schreiben:

„Staatsanwaltschaft beim Herzoglichen Landgericht.
1931 A. Braunschweig, den 10. Januar 1889.
Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß das gegen Sie wegen versuchter Nöthigung eingeleitete Strafverfahren eingestellt worden ist.
Der Staatsanwalt
gez. Nolte.“

Am 25. Januar 1889 reiste ich mit einer Kolonie von zehn Streikenden ab. Zum Abschied gab uns der Wirt des Streiklokals am Abend vorher ein Abschiedsessen: Kartoffeln und Hering. Ich bekam für alle das Fahrgeld. An ein Nachgeben dachten die Streikenden nicht. Sie wurden von den noch in Arbeit Stehenden und der Braunschweiger Arbeiterschaft nach Möglichkeit unterstützt. Das Hauptmerkmal des Zusammenhalts erblickten die Gießereieinhaber in dem Unterstützungsverein der Formere, und mit Recht. Deshalb wurde den Formern der übrigen acht oder neun Betriebe das Ultimatum gestellt: Entweder Austritt aus dem Unterstützungsverein oder die Entlassung! Damit waren die Würfel gefallen. Von 184 insgesamt in Braunschweig beschäftigten Formern und Kernmachern traten 165 (abzüglich der von Bolze & Co. alle organisiert) in den Streik. 19 Personen wurden Streikbrecher. Es begann eine sehr schwere Zeit für die Streikenden.

Streikunterstützung, die, wie erwähnt, durch Sammelgelder aufgebracht werden mußte, wurde in den ersten Wochen an Verheiratete 9 M. und bis 3 Kinder je 1 M. gezahlt. Ledige erhielten 7 M., später 9 M. Ein Teil der Ledigen wohnte bei verheirateten Streikenden. Damit erstere nun ihr Logisgeld, d. h. Schlafen und Kaffee, bezahlen konnten, wurde nur zweimal am Tage gegessen. In der Langedammstraße war eine Fischhandlung, die offerierte Bücklinge für Streikende, fünf Stück für 20 Pfennig. Die langten als Zubrot für den ganzen Tag. Aber auch von Bücklingen kann man zuviel kriegen,

wenn man sie wochenlang ißt. Ich mochte später ein paar Jahre lang keine Bücklinge mehr sehen, viel weniger essen.

Der Streik hatte zur Folge, daß sich die Braunschweiger Metallgewaltigen organisierten. Am 10. September 1889 konnten sie den Erfolg buchen, daß der Unterstützungsverein der Formere behördlich geschlossen wurde. Dies störte aber die Streikenden in keiner Weise, obgleich der Streik schon fast ein Jahr dauerte. Die übergroße Zahl der Streikenden, auch Verheiratete, waren abgereist und hatten in anderen Orten Arbeit gefunden, so daß beim Streikschiuß nur noch 9 Mann von 165 übrigblieben. Endlich mußten sich die Gießereieinhaber doch zur Zubilligung eines paritätischen Arbeitsnachweises für Formere bequemen. Am 14. März 1890, also nach sechszehnmönatlichem Streik, wurde durch die Annahme der für „die gemeinsame Nachweisstelle“ aufgestellten Geschäftsordnung einer der hartnäckigsten Arbeitskämpfe beendet.

Später errichteten die Formere wiederum einen eigenen Nachweis, der aber nach dreijährigem Bestehen wieder

fallen gelassen wurde. An Streikunterstützung, Abschubgelder und dergleichen verursachte der sechszehnmönatige Kampf eine Ausgabe von 37 004,51 M. Hatte die Bewegung den Kämpfern auch keine materiellen Vorteile gebracht, so hat sie doch die Gießereieinhaber gezwungen, mit den Streikenden sich an den Verhandlungstisch zu setzen.

Warum ich diese Erinnerungen niedergeschrieben habe? Zum ehrenden Gedenken an diese alten Kämpfer, von denen schon ein Teil der grüne Rasen deckt, die mit einer Tapferkeit sondergleichen in diesem heißen Ringen gestanden haben, die nicht nur den Gedanken der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter und besonders der Metallarbeiter verbreitet, sondern auch dem Evangelium des Sozialismus den Weg bereiteten. Besonders aber darum, um unsern jungen Verbandskollegen zu zeigen, welch ein himmelweiter Unterschied heute in politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Hinsicht gegen damals zugunsten der Arbeiter besteht, der aber nur besteht durch die Wirksamkeit unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Und hier muß vor allem der Deutsche Metallarbeiter-Verband genannt werden, die größte Gewerkschaftsorganisation der Welt, die in diesen Tagen auf ein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken konnte.

Glückauf! zum weiteren Aufstieg, trotz Notverordnungen und anderer Hemmungen.

Arbeitszeitverkürzung im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet

Von fast allen Unternehmern, Schlichtungsbehörden und auch in Regierungskreisen wurde die Auffassung vertreten, daß sich durch die Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit und durch Lohn- und Gehaltsverringerung eine wesentliche Verbesserung der Wirtschaft bald zeigen werde. Diese Meinung hat sich als krasser Irrtum erwiesen. Denn es wurde eine Verringerung der Kaufkraft und der Arbeitsgelegenheit und eine Vermehrung der Erwerbslosen erreicht. Diese handgreifliche Tatsache ist, wie es scheint, nicht ganz ohne Einfluß auf die Denkungsart manches Unternehmers, der Schlichtungsbehörden und des Reichsarbeitsministeriums geblieben.

Dies war vielleicht mit die Ursache, daß im April sich der Arbeitgeberverband für den mitteldeutschen Braunkohlenggebiet zu Verhandlungen bereit erklärte trotz eines Schiedsspruches von Ende 1930. Nach diesem Schiedsspruch wurde das bisherige Mehrarbeitszeitabkommen — in dem die Arbeitszeit für Untertage mit 8 1/2 Stunden und für Fabriken sowie andere Betriebe mit 9 Stunden, außerdem eine Schichtzeit von 9 1/2 Stunden vorgesehen war — bis Ende August d. J. verlängert. Der Schlichter Dr. Hauschild war damals der Meinung, daß man zunächst den Braunkohlenggebietsunternehmern eine Schonzeit gewähren müsse, um die erforderlichen Vorbereitungen für eine spätere Arbeitszeitverkürzung rechtzeitig treffen zu können. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß bei einigem guten Willen die Ansprüche auf Arbeitszeitverkürzung erfüllbar seien.

Nach mehreren Verhandlungen im April und Mai wurde folgende Arbeitszeitregelung vereinbart:

1. Das Mehrarbeitszeitabkommen in seiner Fassung vom 29. September 1928 wird wie folgt geändert:
 - A. In den Tagesbetrieben beträgt die reine Arbeitszeit 8 Stunden, die Schichtzeit 8 1/2 Stunden. Führt die Werksleitung mit Zustimmung der Betriebsvertretung statt der 8 1/2stündigen Schicht eine 8stündige Arbeitszeit ohne Pausen ein, so ist den Arbeitern gestattet, ihr Frühstück an ihrer Arbeitsstelle einzunehmen.
 - B. Untertage beträgt die Arbeitszeit vom Beginn der Einfahrt beim Betreten des Förderkorbes oder Stollenmundloches bis zum Verlassen des Förderkorbes oder Stollenmundloches bei der Ausfahrt, jedoch ohne Pausen, in den Kernrevieren 7 1/2 Stunden, in den Randrevieren 8 1/2 Stunden täglich. Hinzu kommt ne Pause von 15 Minuten. Die außerhalb der Arbeitszeit liegende Pause kann durch Betriebsvereinbarung bis zu einer halben Stunde verlängert werden.
2. Die bisherige Lohnordnung wird dahin abgeändert, daß an Stelle der Schichtlöhne Stundenlöhne treten. Die Höhe der Stundenlöhne ergibt sich aus den Anlagen.
3. Vorstehende Regelung tritt am Montag, dem 18. Mai 1931, in Kraft.
4. Tarifvertrag, Mehrarbeitszeitabkommen sowie Lohnordnung können je mit vierwöchiger Frist zum Monatschiuß, erstmalig zum 30. November 1931, gekündigt werden.

Außerdem wurde durch Schreiben des Arbeitgeberverbandes den Gewerkschaften ausdrücklich zugesichert, daß die Gewährung von Prämien, Leistungs- und Qualitätsarbeiterzulagen durch diese Regelung der Arbeitszeit oder der Übergang vom Schicht- zum Stundenlohn nicht berührt werden.

Mit dieser Vereinbarung ist der Beweis geliefert, daß man wohl oder übel mit der Zeit die Berechtigung der gewerkschaftlichen Forderung auf Arbeitszeitverkürzung anerkennen muß. Durch die achtstündige Arbeitszeit konnte zwar das große Arbeitslosenheer auch in Mitteldeutschland nicht so verringert werden, wie es notwendig und möglich ist, es wurden aber nicht nur weitere Entlassungen verhindert, sondern es ist auch eine Verminderung der Feierschichten sowie die Einstellung von 2000 bis 3000 Arbeitern ermöglicht. Die Schichtlöhne sind allerdings, wie aus Absatz 2 der Vereinbarung zu ersehen ist, beseitigt; es kommen nur noch Stundenlöhne in Betracht. Der durch diese Arbeitszeitregelung zu verzeichnende Lohnausfall wird zu einem Viertel von der Grubenverwaltung, zu drei Vierteln von der Arbeiterschaft getragen. Diese Arbeitszeitverkürzung hat allerdings über den zulässigen Lohn- oder Verdienstaustausch hinaus durch unberechtigte Maßnahmen einzelner Werksleitungen eine Verkürzung der Prämien- und Leistungszulagen bewirkt. Als diese unzulässige Verdienstverringerung den Gewerkschaftsvertretern bekannt wurde, ist dem Arbeitgeberverband ausdrücklich erklärt worden, daß sowohl nach der Vereinbarung wie auch nach seiner schriftlichen Zusicherung eine Verringerung dieser Zulagen unberechtigt ist.

Auch ist die (neue) verkürzte Arbeitszeit dort, wo drei Schichten in Betracht kamen, nicht in jedem Betrieb gleichmäßig geregelt. Man hat zwei Schichten mit 8 1/2 und die dritte Schicht mit 7 Stunden bemessen, aber nur für 8 Stunden oder 6 1/2 Stunden den Lohn bezahlt. Deswegen wurden von Gewerkschaftsvertretern schriftliche und mündliche Vorwürfe erhoben, und es ist anzunehmen, daß, wenn auch eine endgültige Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes noch nicht erfolgte, die einzelnen Werksleitungen diese unzulässige Verdienstverringerung wieder rückgängig machen werden. Wegen dieser Differenzen sollen Verhandlungen mit den Werksleitungen und, wenn notwendig, unter Hinzuziehung der Organisationsvertreter stattfinden. Wo sich in nennenswerter Weise Absatzmangel bemerkbar macht, soll eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen, damit Entlassungen nicht notwendig werden.

Dieser Bericht beweist, daß, wenn auch nur in einem Industriegebiet und nur bei einer Industriegruppe eine wenn auch ungenügende Arbeitszeitverkürzung eingeführt wird, die Arbeitslosen durch Neueinstellungen vermindert und Entlassungen oder Feierschichten vermieden werden.

Eine Leistungssteigerung der Arbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet wird durch den Geschäftsbericht des Deutschen Braunkohlenggebietsvereins Halle für das Jahr 1930/31 nachgewiesen. Der Förderanteil je Mann und Schicht ist von 5,5 Tonnen in 1930 auf 5,13 Tonnen in 1931 gestiegen. Ein Lohnabbau wird in diesem Bericht ebenfalls zugegeben, der mit durchschnittlich 0,54 M je Schicht vermerkt ist.

Diese Tatsachen zeigen, wie sehr berechtigt das Bestreben der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit und Verhinderung des Lohnabbaues ist. Aufgabe der Braunkohlengarbeiter muß es sein, jeder Bestrebung auf ideelle und materielle Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entgegenzutreten und die gesetzlichen und gewerkschaftlichen Einrichtungen dafür in Anspruch zu nehmen. Weiter müssen unsere Kollegen trachten, die Zahl der Unorganisierten oder bei generischen Verbänden Organisierten zu vermindern und sie den freien Gewerkschaften zuzuführen. Otto Handke.

Lohnkampf in Ostoberschlesien

Schon im August 1930 hat der Arbeitgeberverband der ostoberschlesischen Großindustrie alle Akkord- und Zeitlöhne gekürzt. Damals wollte man die Sätze der Akkordarbeiter bis zu 40 vH kürzen und die der Lohnarbeiter um 10 vH. Die Wahlen zum Warschauer Parlament und andere politische Umstände brachten es mit sich, daß der angekündigte Lohnabbau bis über Neujahr hinaus verschoben wurde. Mit Beginn des Jahres 1931 wiederholten die Unternehmer ihre Forderung, die dahin geändert wurde, daß vom Überverdienst der Akkord- = 9,60 Zloty) betrug, um 50 vH gekürzt wird. Für den Lohnarbeiter, der einen Tariflohn von 6,40 Zloty hat, sollen 10 vH in Abzug kommen.

Die wiederholten Verhandlungen zwischen der Tarifgemeinschaft (Deutscher Metallarbeiter-Verband, Polnische Berufsvereinigung, christliche Gewerkschaften und Hirsch-Duncker) und Arbeitgeberverband sind ergebnislos gewesen. Die Vermittlung des Demobilisationskommissars in Kattowitz wie des Arbeitsministeriums in Warschau hat ebenfalls zu keiner Einigung geführt. Die Unternehmer begründeten ihre Forderung mit der Wirtschaftskrise. Da der Lohn erheblich auf die Preisgestaltung wirke, seien sie außerstande, Auslandsaufträge, besonders aus Sowjetrußland, hereinzubekommen. Die Tarifgemeinschaft hielt dem entgegen: die Voraussetzung für einen Lohnabbau ist eine Preissenkung. Auf keinem Gebiete sind die Preise in Ostoberschlesien heruntergesetzt worden, vielmehr sind sie hinaufgegangen, für landwirtschaftliche Produkte bis zu 15 vH, für Fleisch und Wurstwaren bis zu 25 vH. Der Lohnanteil als Belastung der Produktion ist nach der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes in Polen mit am niedrigsten, weil dessen Löhne allgemein sehr niedrig stehen. Die Belastung geschieht durch die hohen Verwaltungskosten. So sind

zum Beispiel in der Friedenschütte heute weniger Arbeiter als in der Friedenszeit beschäftigt, aber aus dem einen Direktor sind es zehn geworden. Das persönliche Einkommen dieser Direktoren belastet die Produktion ganz gewaltig. In der Friedenschütte bekam früher der eine Direktor 3500 M monatlich, heute bekommt der kleinste Direktor von den zehn 10 000 bis 25 000 Zloty monatlich und der größte 116 000 Zloty. Die andern Direktoren erhalten 85 000, 60 000, 50 000 und 35 000 Zloty. Ähnlich steht es bei der Bismarckhütte, der jetzigen Kattowitzer Aktiengesellschaft, und bei der Vereinigten Königs- und Laurahütte. Durch politische Eingriffe werden heute Direktoren gewechselt, wobei die Herren mit 150 000 bis 200 000 Zloty abgefunden werden, und dazu eine lebenslängliche Rente von 5000 bis 10 000 Zloty monatlich. Durch diese Schiebungen werden heute zwei bis drei Direktoren für den früher einen Posten bezahlt.

Nach alledem können weder die Unternehmer noch die Regierung eine andere als ablehnende Haltung erwarten. Als die Unternehmer weitere Verhandlungen als aussichtslos einsehen mußten, drohten sie mit der selbstherrlichen Änderung der Akkordverdienste. Ab 1. August soll dem Akkordarbeiter der Verdienst in der oben genannten Höhe gekürzt werden. In den letztwöchigen Konferenzen mit den Regierungsstellen wurde von den Gewerkschaften erklärt, daß sie den Angriff in gleicher Weise beantworten würden. Auch eine Konferenz der Betriebsräte hat die Haltung der Tarifgemeinschaft gebilligt und sich für einen Streik ausgesprochen. Die Regierungsstellen in Warschau sehen die Zuspitzung des Konflikts sehr ungern. Die ungeheure Arbeitslosigkeit in der ostoberschlesischen Großindustrie hat schon zu verschiedenen Konflikten geführt, weshalb angenommen wird, daß die neueste Provokation der Unternehmer nicht so ganz ruhig hingenommen wird.

Die Lohnkämpfe des DMV 1930

Das Wirtschaftsjahr 1930 ließ die schlimmsten Befürchtungen weit hinter sich. Eine zunehmende Lähmung der Wirtschaft entwickelte sich im Laufe des Jahres, die insbesondere die Arbeiterschaft schwer traf. Schon gegen Ende des Jahres 1928 unternahm das Unternehmertum einen Anschlag auf das Schlichtungswesen, dem weitere Anschläge auf die Lohnhöhe und die Arbeitslosenunterstützung folgten. In dem Wahn, die sich verschlimmernde Krise durch Lohnabbau beheben zu können, unternahmen sie einen wilden Sturm auf die Lohnhöhe. Die sichere Folge der Lohnherabsetzung sollte eine Preissenkung sein. Sie blieb aber aus. Die Abwehr des Lohnabbaus gab der gewerkschaftlichen Tätigkeit in dem Berichtsjahr das Gepräge.

Die 518 Bewegungen des Jahres, an welchen der DMV allein oder in Gemeinschaft mit anderen Organisationen beteiligt war, erstreckten sich auf 21 738 Betriebe mit 956 845 Arbeitern. Der Bericht notiert nur die im Berichtsjahr zum Abschluß gelangten Bewegungen. Sieben Streiks und eine Aussperrung mit zusammen 593 Beteiligten begannen bereits im Vorjahr. Nicht einbezogen sind in dem Bericht acht Fälle an Streiks und Aussperrungen mit 3888 davon betroffenen Arbeitern, die erst im Jahre 1931 beendet wurden.

Die folgende Übersicht gibt die Arten der Bewegungen, ihren Umfang und das Organisationsverhältnis bekannt.

Art der Bewegungen	Fälle	Betriebe	Beteiligte oder Streikende insgesamt	davon weibliche	Mitglieder	
					im DMV	anderer Organisationen
Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung, eigene	138	2642	97126	8744	62120	7720
Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung, gemeinsam ¹⁾	66	3520	249577 ²⁾	46899 ²⁾	80236	39014
Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung, eigene	109	3336	42002	5038	23231	1458
Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung, gemeinsam ¹⁾	74	10897	331651 ²⁾	54813 ²⁾	187950	51313
Angriffstreiks, eigene	12	23	1453	11	1043	126
„ gemeinsam ¹⁾	3	8	120 ²⁾	20 ²⁾	53	58
Abwehrstreiks, eigene	58	432	28471	238	23560	3111
„ gemeinsam ¹⁾	36	817	144914 ²⁾	41718 ²⁾	35029	17354
Aussperrungen, eigene	5	45	7271	354	6199	1521
„ gemeinsam ¹⁾	17	18	4260 ²⁾	20 ²⁾	1149	829
Zusammen:	518	21738	956845	157855	419570	122504

¹⁾ Gemeinsam mit anderen, dem ADGB angehörenden Organisationen geführt.

²⁾ Es sind nur die Metallarbeiter aufgeführt.

222 Fälle = 43 vH in 6197 Betrieben mit 348 557 Arbeitern erstrebten Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses. In 296 Fällen = 57 vH mit 15 541 Betrieben und 608 288 Arbeitern lagen die Ursachen in der Abwehr von Verschlechterungen, wovon allein 276 Fälle mit 487 281 Beteiligten sich gegen einen Lohnabbau richteten.

Überhaupt stand die Lohnfrage im Mittelpunkt der gesamten Bewegungen und umfaßte 449 Fälle mit 558 802 Beteiligten. Daneben behandelten 30 Fälle mit 54 077 Beteiligten die Arbeitszeitfrage, wobei in 20 Fällen mit 38 768 Leuten die Lohnfrage ebenfalls zur Verhandlung stand. 58 Fälle mit 382 668 Arbeitern hatten Tarifänderungen aus verschiedenen Gründen zur Ursache, darunter Regelung der Ferien, Lehrlingsfragen, Auslösungen bei Montagen, Sonderzulagen und Überstundenaufschläge.

Die Gesamtzahl der an den Bewegungen Beteiligten betrug 735 108 Arbeiter, 157 855 Arbeiterinnen und 63 882 teils in Mitleidenschaft gezogene Lehrlinge. 387 Fälle = 75 vH in 20 395 Betrieben mit 770 356 Personen, darunter 115 494 Arbeiterinnen, gelangten ohne Arbeitseinstellung zum Abschluß, während 131 Fälle = 25 vH in 1343 Betrieben mit 186 489 Beteiligten zur Arbeitseinstellung (Streiks und Aussperrungen) führten. Der Ausfall der Arbeitszeit betrug 1 582 488 Tage.

	Es dauerten				
	1-3 Tage	4-10 Tage	11-20 Tage	21-30 Tage	mehr als 30 Tage
Streiks und Aussperrungen	20	37	18	15	41
Betriebe	20	35	507	60	421
Streikende und Aussperrte	3759	27625	127712	8417	19076

Die bedeutendste Bewegung des Jahres war der Abwehrstreik der Berliner Metallarbeiter gegen einen Lohnabbau im Oktober. Er umfaßte 272 Betriebe mit 127 500 Leuten, davon 111 500 Metallarbeiter im engeren Sinne. Die umfangreichste Bewegung ohne Arbeitseinstellung war die Forderung der Berliner Metallarbeiter auf Änderung des Rahmenabkommens. Diese Bewegung bezog sich auf 282 Betriebe mit 128 000 Personen. Ihr Abschluß erfolgte Ende Juli. Zwei weitere größere Bewegungen fanden in der sächsischen Metallindustrie statt, einmal wegen Abnahmeforderungen der Unternehmer im Mantelvertrag, das andere Mal gegen deren Lohnabbauforderungen. In beiden Fällen erstreckten sich die Abwehrbewegungen auf 701 Betriebe mit je 94 091 Personen, von denen aber nur 68 731 der Metallindustrie im engeren Sinne zugerechnet werden können. Beide Bewegungen endeten im Dezember.

Erfolge der Bewegungen

Mit vollem oder teilweise Erfolg endeten 413 Fälle = 79,73 vH für 672 960 Beteiligte = 74,49 vH. Erreicht wurde Arbeitszeitverkürzung von 35 439 Stunden in der Woche für 27 652 Personen = 1,28 Stunden für den einzelnen in der Woche. Diese Arbeitszeitverkürzung wurde fast durchweg bei Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung erzielt, nur in einem Fall ist eine Arbeitszeitverkürzung bei einer Abwehrbewegung erreicht worden.

Eine Lohnerböhung im Gesamtumfang von 30 134 M wurde für 12 119 Beteiligte erzielt. Umgerechnet auf den einzelnen ergibt dies 2,48 M (für männliche Personen 2,58 M, für weibliche 0,81 M). Abgewehrt wurde eine Arbeitszeitverlängerung für 5452 Arbeiter im Ausmaß von 23 682 Stunden oder auf den einzelnen umgerechnet 4,34 Stunden in der Woche. Abgewehrt wurde ferner ein beabsichtigter Lohnabbau für 350 790 Personen im Ausmaß von 1 149 559 M in der Woche, das sind 3,27 M für den einzelnen (männliche 3,63 M, weibliche 1,70 M).

In einer Reihe von Fällen konnte eine Lohnkürzung nicht abgewehrt werden. Es trat eine Verkürzung der Löhne für 386 737 Arbeiter ein von insgesamt 1 032 312 M in der Woche, das sind 2,85 M für den einzelnen (männliche 2,87 M, weibliche 1,71 M). In anderen strittigen Punkten, vorwiegend das Tarifgebiet betreffend, wurden Erfolge für 106 406 Arbeiter erzielt; erfolgreich abgewehrt wurden geplante oder bereits durchgeführte Verschlechterungen für 107 419 Personen.

Diese Ergebnisse entsprechen im allgemeinen der verschlechterten Wirtschaftslage des Berichtsjahres. Gegen das Vorjahr gingen die Fälle mit vollem und teilweise Erfolg um 17,27 vH zurück, dagegen stieg der Anteil der Personenzahl zur Gesamtzahl der an den Ergebnissen Beteiligten von 71,51 auf 74,49 vH.

Die Ausgaben für die im Berichtsjahr vorgekommenen Streiks und Aussperrungen betragen:

Aus der Hauptkasse des DMV	3 315 801 M
Aus den Lokalkassen	523 329 M
Zusammen	3 839 130 M

Dazu für Bewegungen ohne Arbeitseinstellung 158 290 M

Für alle Bewegungen 3 997 420 M

Trotz der ungeheuren Schwere der Wirtschaftslage steht unverkennbar fest, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband dem Bestreben der Unternehmer und des Staates nach Lohnabbau zähen Widerstand entgegensetzte. Wenn nur 48 vH der Arbeiter durchsetzten, daß 53 vH der geplanten Abzüge erfolgreich abgewehrt wurden, so lag dies in der Geschlossenheit der Arbeiterschaft bei vielen Bewegungen. Diejenigen aber, die der Organisation aus Unverständnis oder aus kleintlichen Beweggründen fern bleiben, tragen die Schuld, daß nicht mehr erreicht wurde.

E. Meißner.

SCHRIFTENSCHAU

§ 218, nicht ändern — streichen! Von Dr. Käthe Frankenthal. Preis 25 Pf. Schriftenreihe „Sozialistische Zeitfragen“. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung GmbH, Berlin W 30, Gleditschstraße 6. — Die Verfasserin setzt sich hier mit dem § 218 auseinander. Sie kommt nach einer kritischen Auseinandersetzung mit Gegnern des gewollten Abortes zu der Auffassung, daß jedes Kompromisseln in dieser Frage schädlich sei. Käthe Frankenthal fordert die Beseitigung jeder Strafbestimmung. Keuntheit über Verhütungsmittel und der Abtreibungsgefahren müßte weiteste Verbreitung finden.

Parteidisziplin und sozialistische Überzeugung. Von Professor Anna Siemsen. Preis 40 Pf. Schriftenfolge „Sozialistische Zeitfragen“. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30, Gleditschstr. 6. — Anna Siemsen greift die grundsätzliche Seite der Disziplinfrage auf. Sie unterscheidet in ihrer Schrift scharf zwischen sozialistischer und individualistischer Einstellung zu den Dingen, zwischen Gemeinschaftsziel und persönlicher Gewissensrechtfertigung. Die Schrift ist wertvoll. Alle, die die Geschlossenheit der sozialistischen Bewegung wollen, sollten sie unbedingt lesen.

Die Mittel zur Erforschung von Tatsachen im Schlichtungswesen. Von Syndikus Dr. Karl Nonnemann. Preis 4 M. Verlag J. Bensheimer, Mannheim. — Im Zusammenhang mit Lohn- und Wirtschaftspolitik hat sich der Verfasser andeutungsweise mit grundlegenden Fragen der Wirtschaftsordnung befaßt und einen Versuch unternommen, eine neuartige und umfassende Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu geben. Die Arbeit ist so gefaßt, daß sie auch als praktische Anleitung für die bestmögliche Erforschung der Tatbestände im Schlichtungswesen und für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Löhne und Gehälter gelten darf.

„Hausierer“, von Franz Jung. Gesellschaftskritischer Roman. Verlag: „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7. — Franz Jung gibt dem Leser seines Buches einen Hinweis auf die heutigen sozialen und wirtschaftlichen Gesellschaftsgrundlagen. Die Menschen sind zu Händlern geworden. Es gibt keine Persönlichkeiten mehr. Alles ist nur Objekt. Toter Gegenstand. Ware, die weiterverramschet werden darf. Flott und nicht ohne Witz wird von einer Zollschiebung an der ober-schlesischen Grenze berichtet. Aber das ist nur Nebensache. Im Vordergrund steht die heutige Gesellschaftsordnung, deren Ideale nur Spiel und Maske sind. Das Buch ist ein Vorläufer einer neuen Art von Arbeiterdichtung.

R. C.

Erhöhte Behaglichkeit
nachhaltige
Entspannung
durch eine gute
GEG-Zigarette

GEG-NEPTUN STÜCK 4 Pfg
GEG-PHANTIS STÜCK 4 Pfg
GEG-KISIL STÜCK 5 Pfg
GEG-GASTALDE STÜCK 6 Pfg

aus
Euerem
Konsum
verein!

Wird abends
noch mal
rasch hinan
auf **LINDCAR**

Josef Witt, Weiden-Oberpf.
Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas
mit eig. Webwaren-Fabriken und eig. Ausrüstungswerk.

2 500 Arbeiter und Angestellte,
31 472 Spindeln in eigener Spinnerlei,
1 600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien
700 Eisenbahn-Waggonladungen
Webwaren
sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen!
900 000 Nachbestellungen
auf Waren haben mir meine alten Kunden in
einem Jahre eingesandt
Der natürlichste Beweis der Güte u. Billigkeit

Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.
Bei Bestellung v. 15.—Mk. an erhalten Sie auf diese Preise

noch 5 Prozent Rabatt
Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch eine brauchbare Schlafdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern

Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk.
1	Weisses Hemdentuch	etwas leichte Gebrauchsware 70 cm per mtr.	0,20
2	Weisses Hemdentuch	sehr gute, mittelstarktd., dicht geschlossene Sorte 80 cm per mtr.	0,38
3	Vorhangstoff	„sog. Gardinen, aus feinem Garn mit echt indanthrenfarbig, schönen Streifenmustern 70 cm per mtr.	0,18
4	Handtücher	schwere Strapazierqualität 40 cm per mtr.	0,28
5	Baumwolltuch	ungebleicht, mittelfeinfädige, halbbare Sorte 78 cm per mtr.	0,28
6	Baumwolltuch	ungebleicht, starke, fast unverwüstliche Qualität 78 cm per mtr.	0,38
7	Hemdenflanell	gute, haltbare, reissefeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift 70 cm per mtr.	0,30
8	Hemdenflanell	echt indanthrenfarbig gestreift, außerordentlich haltbare, fast unzerreißbare kräftige Qual., fast unverwüstl. im Gebrauch 75 cm per mtr.	0,40
9	Weisses Makotuch	feinfäd., sehr dicht geschl., garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden u. Wäschestücke 80 cm per mtr.	0,50
10	Stuhluch	auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschl., starke Qualität, für bessere strapazierbare Betttücher 150 cm per mtr.	1,15
11	Frottierhandtücher	aus gutem Kräuselstoff, mit schön. eingewebt. Mustern per Stück	0,70
12	Damentaschentücher	weiss m. Hohlbaum, feinfädige, gute, sehr beliebte Qualität, 30x30 cm per 1/2 Duzend	0,70
13	Wischtücher	gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar, 45x45 cm per 1/2 Duzend	0,70
14	Weisses Hemdentuch	mittelstarktd. geschl., vorzügl. Qualität für sehr solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche strukt. leichter, noch dichter, 80 cm breit, Ausnahmepreis per mtr. nur	0,36

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter- od. Stückzahl

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Duzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10.—Mk. an, portofreie Lieferung von 20.—Mk. an

Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, dass Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten aussergewöhnlich günstig erhalten haben!

Josef Witt, Weiden 84 Oberpf.
Webwaren — Fabrikation — Ausrüstung — Versand

Zur Gesichts-Bräunung
über ausserordentlichem Erfolg des ganzen Körpers bei Gesichtsbräunung
besonders bei der originalen und beliebten Creme Zacher
jedoch in jeder Richtung; häufig in kleiner Packung — Tube
60 Pf. und 1 Mk. — Versand unterjährig durch Zacher-Vertrieb
50 Pf. — 34 Jahre in allen europäischen Ländern

Blanc Arbeitsanzug
ausserordentl. haltbar od. in Körperd. 6,50
aus extra schwerer, warmer Körperd. 7,50
Jacke 2 Seiten, 1 Brusttasche, Hose 2 Taschen
Versand Nachh. Vorp. frei. Ab 20.— franko.
Beim Lieferung ganzes, Probe, Muster frei.
Meyer & Co. — auch Besatz —
Kleiderfabrik, Weiden 111

Elektronen- und Radioschule
Projekt 3 net, beide Elektro- und Radioschule 30

Großer Preisabbau! Billige Böhmische Bettfedern!
1 Pfund ganz, gelb, geschlossene Bettfedern 70 Pfg. bessere
Qualität 80 Pfg. halbreife, blaue 1 M 20, weiße, blaue,
gelbe, geschlossene 1 M 20, 2 M 20, kleinste, geschlossene
Holländer Bettfedern 3 M, 4 M, 5 M. Rapp-
federn, ungeöffnet, mit Federzeug, halbreife
1 M 25, weiß 2 M 25, allerbeste Flaumfedern 3 M 25, Muster und
Preise kostenlos. Versand jeder Menge zeitlich gegen Nachnahme. Von
10 Pfund an franko. Nichtpassendes wird ungesondert oder Geld zurück.
S. BENSCH in PRAG XII, ANERK. ULICE NR. 66, BÖHMEN.

Radikaler Preisabbau!
Andere reden
Wir beweisen
Deshalb unsere neuen
Halb- und Voll-
Kassett-
Spezial-
Kassett 439

BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA
ist die richtige, denn BIOX-
ist die richtige Zahnpasta, die
nicht die Zähne bleicht und
nicht den Mundschleim
und den Mundschleim

ESU-Betten
Spezial-Bettfedern
Kleider, Oberbekleid.,
Pelzherstellung
in jeder Art, Maß, & C.
Eisenwerk- & Metall-
Fabrik

Kollegen!
Lest die
Betriebsräte-
Zeitschrift

**Rein deutsches
Erzeugnis**
Kleine Tube 50 Pfg

Anzeigenvermittlung: „Werber“, G. m. b. H., Berlin SW 11, Silesienstraße 48 — Postcheckkonto Berlin 35516 — Druckvertrieb: „Werber“-Blätter, Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW 11
Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes G. m. b. H. — Berlin SW 48, Alte Jakobstraße 143